

A portrait of Harald Waiglein, a middle-aged man with thinning hair, wearing a dark suit, light blue shirt, and blue patterned tie. He is leaning on a concrete ledge with his hands clasped. The background is a blurred outdoor setting with buildings and greenery.

Harald Waiglein

Der Sektionschef und Finanzwissenschaftler setzt auf Kommunikation und Kontakte – gerade in Krisen

WEISSE WESTE

Klare Compliance-Richtlinien und geschulte Bedienstete sind in der Verwaltung unverzichtbar

GRÜNE BESCHAFFUNG

Der Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung spielt eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Klimaziele

GRAUES HAUS

Die Geschichte des Wiener Landesgerichts ist bewegt, spannend und für alle erfahrbar

Expert:innen in Nachhaltiger Beschaffung

Das volle Spektrum der Ziviltechnik



Wir meistern die Herausforderungen

Traditionelle Immobilien- und Bauwerkskonzepte entsprechen nicht länger den aktuellen Anforderungen an Nachhaltigkeit. Wir ändern das.

Unser Fokus liegt auf der Zukunft, dem Menschen als Mittelpunkt und eine lebenswerte Umwelt für nachfolgende Generationen zu schaffen.

- ✓ Klimaschutz
- ✓ Klimawandelanpassung
- ✓ Nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen
- ✓ Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft
- ✓ Vermeidung von Verschmutzung
- ✓ Schutz von Ökosystemen und Biodiversität



Schönbrunner Strasse 297, 1120 Wien, Österreich
T +43 1 521 69-0, office@ic-group.org, ic-group.org

FOLLOW US
on





Martin Fleischhacker
Geschäftsführer der
Mediengruppe Wiener Zeitung

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist eigentlich selbstverständlich: In der Arbeitswelt müssen gesetzliche Bestimmungen und Richtlinien eingehalten werden. Unter „**Compliance**“ wird zusammengefasst, wie sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtskonform verhalten – in privaten Unternehmen wie auch im öffentlichen Dienst. Gerade dort erhält das Thema immer mehr Aufmerksamkeit, denn intransparentes Verhalten, von scheinbar harmlosen Gefälligkeiten durch Staatsbedienstete bis hin zu offener Korruption, beschädigt letztlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie.

Öffentlich Bedienstete werden heute intensiv zum Thema „Korruptionsprävention, Compliance und Integrität“ geschult, die Beratungsprogramme sind vielfältig. Und dank der Digitalisierung können vom Bodensee bis zum Neusiedlersee die gleichen Werte in Online-Lehrgängen vermittelt werden.

Über die aktuellen Herausforderungen für den Finanzsektor haben wir mit **Harald Waiglein, Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Zölle im Finanzministerium (BMF)**, gesprochen. Er lobte dabei die Financial-Literacy-Initiative im BMF, mit der Schülerinnen und Schülern Finanzkompetenz vermittelt wird.

Die Frage, was mit den Leistungen der **Daseinsvorsorge** wie Wasser, Gesundheit oder Kultur passiert, wenn die Finanzmittel knapp(er) werden, haben wir mit Expertinnen und Experten beleuchtet. Auch hier bringt uns die Ökologisierung weiter: Carsharing-Dienste und E-Bikes ergänzen zunehmend das bestehende Angebot im öffentlichen Verkehr. Die Daseinsvorsorge ist in Bewegung.

Klimaschutz hat auch beim Einkauf von Waren, Dienst- und Bauleistungen durch die öffentliche Hand einen hohen Stellenwert. Um Beschaffungsvorgänge möglichst ökologisch und ressourcenschonend zu gestalten, wurde der **Aktionsplan für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung** beschlossen. Außerdem haben wir zum 25-jährigen Bestehen des **Bundesrechnungszentrums** hinter die Kulissen des IT-Dienstleisters für die Verwaltung geblickt und erfahren, dass in Zukunft mehr auf Automatisierung des Amtsverkehrs gesetzt wird. Auf eine ereignisreiche Geschichte können auch der **Europäische Gerichtshof**, das **Straflandesgericht in Wien** und der **steirische Landtag** zurückblicken – wir haben sie für Sie besucht.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und bedanken uns an dieser Stelle für Ihr reges Interesse an unserem Magazin. Vor allem wünschen wir Ihnen einen erholsamen Jahreswechsel!

Ihr Martin Fleischhacker

IMPRESSUM:

Die Republik – das Verwaltungsmagazin 04/2022 ist eine Verlagsbeilage der Wiener Zeitung GmbH.
Medieninhaber, Verlagsort Wiener Zeitung GmbH, Media Quarter 3.3, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, T.: +43 1 20699-0
Geschäftsführung Martin Fleischhacker Chief Commercial Officer Markus Graf
Leitung Corporate Publishing & Content Production Nadja James Koordination und Abwicklung Cornelia Ritzer
Autorinnen und Autoren Rainer Brunnauer-Lehner, Florentina Finder, Hannah Kathan, Sabina König, Teseo La Marca, Armin Nadjafkhani, Sarah Marie Piskur, Cornelia Ritzer, Clemens Stachel, Andrea Sturm Lektorat Oliver Poschner Fotoredaktion Marion Pertschy
Designkonzept & Art Direction Dominik Uhl/designundcode.at Anzeigenleitung Manfred Svec
Produktion Alexandra Kauer Druck Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn
Offenlegung gem. § 25 Abs. 2 & 3 Mediengesetz: www.wienerzeitung.at/unternehmen/impressum/95_Impressum.html





Vom Umgang mit Krisen 22

Ein Patentrezept zur Lösung von Krisen gibt es nicht, sagt Harald Waiglein, Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Zölle im Finanzministerium. Zur Lösung brauche es eine ehrliche Analyse.

Politische Identität	06	Mehr Transparenz	21	Mehr Digitalisierung	36
Im Jahr 1412 trat der steirische Landtag erstmals nachweislich zusammen. Seitdem erlebte er viele Veränderungen. Ein Überblick über die wechselvolle Geschichte der historischen Räumlichkeiten im Herzen von Graz.		Bettina Knötzl, Präsidentin von Transparency International Austria, fordert einheitliche Compliance-Regeln.		Seit 25 Jahren treibt das Bundesrechnungszentrum die Digitalisierung in Österreich voran. Der IT-Dienstleister arbeitet am automatisierten Amtsverkehr.	
Wichtige Begleiter	12	Finanzpolitik in Zahlen	28	Zentrum der Justiz	40
Wasser, öffentlicher Verkehr und Gesundheit: Alle diese Leistungen brauchen wir fast täglich. Die Daseinsvorsorge steht aber nicht still, sie entwickelt sich dynamisch weiter.		Wirtschaftspolitik – das sind alle Maßnahmen, mit denen die Wirtschaft eines Landes beeinflusst und gestaltet werden kann. Eine Grafik.		Das „Graue Haus“ in Wien ist das größte Straflandesgericht in Österreich. Der eindrucksvolle Bau wird nun generalisiert. Ein Blick ins Gebäude.	
Sauberer Alltag	16	Klimaschutz beim Einkauf	30	Innovationen	44
Korruption erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung. Compliance-Richtlinien helfen dabei, einen sauberen öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Die Hilfestellungen für die Bediensteten in brenzligen Situationen sind vielfältig.		Mit dem Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung sollen öffentliche Ausgaben möglichst klimaschonend werden. Vorgesehen ist unter anderem ein „grüner“ Energiemix.		In der Parlamentsdirektion entsteht ein Newsroom. In der Offenen Mittelschule Dietmayrgasse wird auf Selbständigkeit gesetzt. Zwei Innovationen im Porträt.	
		Aufstiege	34	Hüter des EU-Rechts	46
		Aktuelles aus der Verwaltung: Stärkung von Compliance und Bildung, Neubesetzungen am EuGH sowie im Bundesheer und eine Preisverleihung.		Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sorgt dafür, dass Unionsrecht eingehalten wird. Andreas J. Kumin ist seit 2019 Richter am EuGH.	

JETZT NEU VERGABE **INSIGHTS**

Der Podcast für Vergabe-Interessierte

Einblicke & Erfahrungen statt Paragrafen & Theorie.

Wie spannend und chancenreich die Welt der Vergabe sein kann, zeigen Iris Vonderhaid und Manuel Aghamanoukjan von auftrag.at im Gespräch mit AuftraggeberInnen und UnternehmerInnen, die ihr Wissen und Erfahrungen aus ihrem Vergabealltag teilen.

Hören Sie rein – Tipps & Tricks inklusive!

auftrag.at/podcast





Regionalparlament mit Geschichte. Der steirische Landtag trat 1412 erstmals nachweislich zusammen. Damit gehört er zu den ältesten durchgehend existierenden Regionalparlamenten Europas. Zu seinen zentralen Aufgaben zählen die Gesetzgebung des Landes Steiermark und die Kontrolle der Landesregierung.

Vom Mittelalter über die Monarchie in die Moderne

Der steirische Landtag erlebte viele politische und kulturelle Veränderungen. Seit der Landeswerdung im 12. Jahrhundert formt sich die politische Identität der Steiermark. Ab dem 15. Jahrhundert ist deren zentraler Schauplatz der Landtag. Ein Blick in die historischen Räumlichkeiten.

Text: Florentina Finder



Fotos: IT-Strnik



Im Herzen der Hauptstadt. Das Gebäude des steirischen Landtags wird von der Herren-, Schmied- und Landhausgasse im Zentrum von Graz eingefasst. Es ist einer der bedeutendsten Renaissancebauten nördlich von Italien. Ein auffälliges Merkmal sind die dreistöckigen Arkadengänge, die den prachtvollen Innenhof säumen.

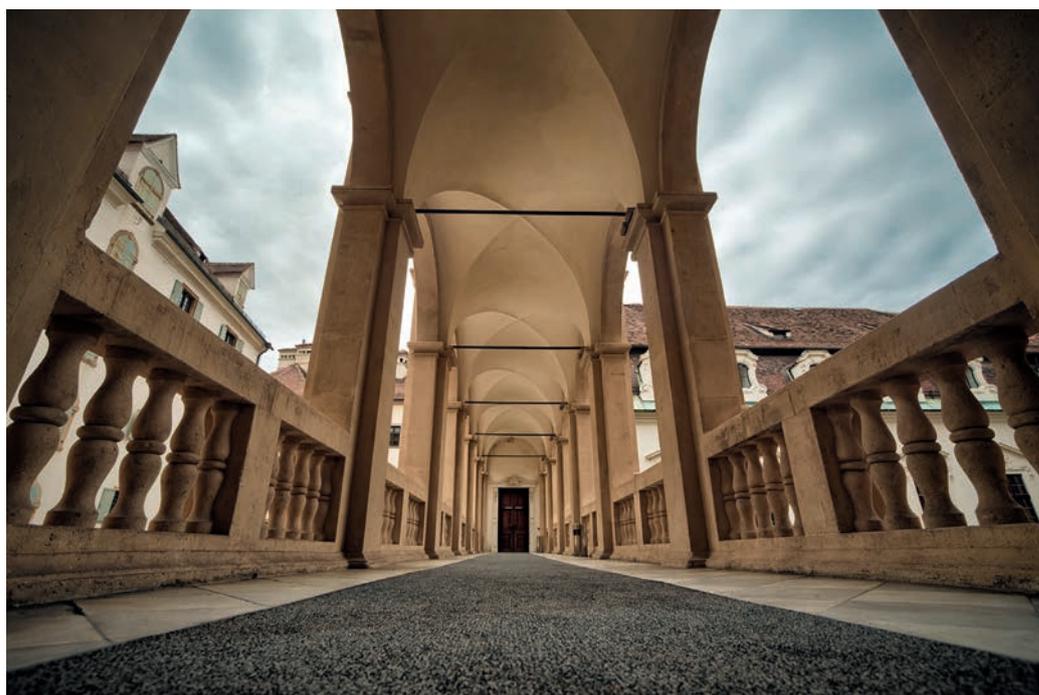


Historische Architektur.

Die freistehenden Arkaden, die den Innenhof durchkreuzen, wurden erst im 19. Jahrhundert ergänzt. Sie runden den ursprünglichen Bau des italienischen Architekten Domenico dell'Aglio aus dem 16. Jahrhundert ab. Auf der Tür im Hintergrund ist der flammenspeiende Steirische Panther zu sehen, der das zentrale Motiv des steirischen Landeswappens bildet.



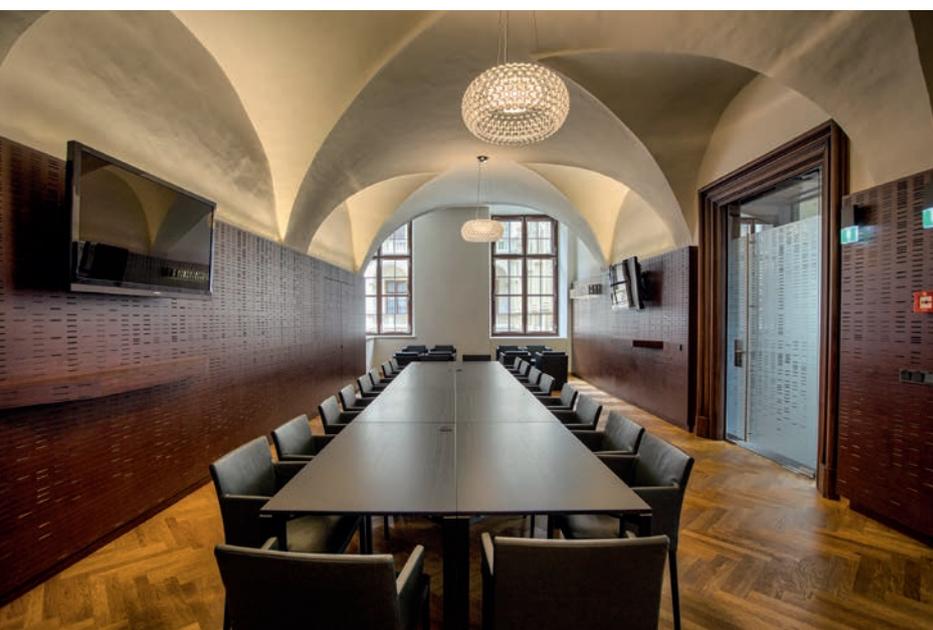
Zentrum. Ursprünglich diente der Landtag als Versammlungsort für die Stände – Adelige, Klerus und Großbürgertum bestimmten die Geschicke des damaligen Herzogtums. Von dieser Zeit zeugt noch das Bürgerhaus in der Herrengasse, das als erstes steirisches Zentrum der politischen Bürgermacht galt.



In guter Verfassung. Lange waren große Teile der steirischen Bevölkerung vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. Im Kurienwahlrecht durften nur wenige mächtige und einflussreiche Familien ihre bevorzugten Vertreter ins Amt wählen. Mit der Errichtung der Ersten Republik wurde schließlich ein voll demokratisches Wahlsystem eingeführt, an dem auch Frauen teilhaben durften.



Im Sitzungssaal. Hier treffen die 48 Landtagsabgeordneten zusammen, um Anträge zu debattieren und Beschlüsse zu fassen. Dem steirischen Parlament sitzt die Landtagspräsidentin bzw. der Landtagspräsident vor.



Monitoring. Die Landtagsklubs spielen im Landtag eine zentrale Rolle. Ein Klub kann dank der minderheitenfreundlichen Geschäftsordnung bereits von zwei Abgeordneten gegründet werden. Zu den Aufgaben der Landtagsklubs gehört es, Anträge und Anfragen zur Debatte vorzubereiten.



Moderne Effizienz. Der steirische Landtag besitzt seit 2005 ein ausschließlich papierloses Verwaltungssystem. Mit dieser modernen, digitalen Arbeitsweise wurde er zum Vorreiter für andere Regionalparlamente.



Sie wollen mehr über den steirischen Landtag wissen? Gruppenführungen sind von Montag bis Donnerstag zwischen 8 und 15 Uhr sowie freitags von 8 bis 12 Uhr möglich. Die Terminvereinbarung erfolgt per Mail an evelyn.koelli@landtag.steiermark.at. Einen direkten Einblick in das Geschehen erhalten Sie bei den öffentlichen Plenarsitzungen.

Vor und hinter den Kulissen.

Die Sitzungen des Landtags sind seit 1964 öffentlich zugänglich. Zu diesem Zweck errichtete man ein Auditorium für Zuschauerinnen und Zuschauer (oben), das vom Rittersaal (rechts) abgetrennt wurde. Hier tagen die nicht öffentlichen Ausschüsse und Unterausschüsse.



 Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

Österreichischer Verwaltungspreis 2023

Innovative Projekte einreichen
bis 23. Jänner 2023 unter
verwaltungspreis.gv.at

Kontakt:

Mag.^a Sandra Kastenmeier

E-Mail: verwaltungspreis@bmkoes.gv.at

Tel.: +43 1 71606-667435





Mehr als nur das Notwendigste

Öffentliche Dienstleistungen sorgen dafür, dass unser Alltag funktioniert. Die **Daseinsvorsorge** befindet sich aber im Wandel: Immer wieder werden Liberalisierungen diskutiert. Expertinnen und Experten empfehlen Kooperationen und eine höhere Besteuerung von Tech-Giganten.

Text: Cornelia Ritzer

Der Begriff „Daseinsvorsorge“ mag schwer greifbar sein, die damit gemeinten Dienstleistungen sind jedoch täglich sichtbar – in der Millionenstadt Wien genauso wie im kleinen Dorf am Land. „Daseinsvorsorge sind Dienstleistungen, die leistungsfähig und in hoher Qualität für alle zur Verfügung gestellt werden müssen“, sagt Heidrun Maier, Geschäftsführerin des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft

und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG). Zu Beginn der Coronavirus-Pandemie habe sich gezeigt, wie wichtig sie ist – und wie gut die Infrastruktur funktioniert: „Daseinsvorsorge ist das, was man während der Corona-Krise wirklich brauchte.“ Energieversorgung, Müllabfuhr, Krankenhäuser und der öffentliche Verkehr haben immer funktioniert, die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer war enorm: „Das ist einer

der Schlüsselfaktoren für die gesellschaftliche Stabilität“, so Maier.

Von „öffentlichen Dienstleistungen“ spricht Martin Pospischill, Leiter der Wiener Magistratsabteilung 27 (EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung), „das verstehen die meisten Menschen am besten“. Die Palette reicht in Wien von Abfallwirtschaft und Kanalisation über die Wasserversorgung bis zu den Wiener Linien. Einen abschließenden

Lebensqualität. Die Daseinsvorsorge umfasst jene öffentlichen Dienstleistungen, die für unser tägliches Leben wichtig sind – etwa der öffentliche Verkehr.

Katalog der Leistungen gebe es nicht, weil immer wieder Neues entstehe, sagt Pospischill mit Blick auf den 5G-Ausbau oder alternative Wärmeversorgungsmodelle.

KEIN KLARER KATALOG

„Die Daseinsvorsorge entwickelt sich dynamisch – etwa in der Telekommunikation“, berichtet Peter Bußjäger, Professor am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Innsbruck. „Vor 30 Jahren hätte man nicht gedacht, dass das Internet als staatliche Aufgabe betrachtet werden wird.“ Und obwohl alle Gemeinden dieselben Leistungen zu erbringen hätten, seien die unterschiedlichen Strukturen in Österreich eine Herausforderung, so Bußjäger. In Tirol werde derzeit ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung diskutiert – für kleine Gemeinden komplizierter umsetzbar als etwa für die Landeshauptstadt. „Hier kann eine Gemeindekooperation helfen“, so Bußjäger. Dafür gibt es unterschiedliche Modelle: „Das reicht von einem Gemeindeverband mit eigener Rechtspersönlichkeit bis hin zu informellen Absprachen.“

Bei Kinderbetreuung, Musikschulen, öffentlichem Verkehr oder der Buchhaltung könne eine Kooperation gut funktionieren, sagt Bußjäger. Als

Vorzeigemodell führt der Professor gemeinsame Baurechtsverwaltungen an, „also Einrichtungen, die es den Gemeinden ermöglichen, komplexe Bauangelegenheiten von einer professionellierten Stelle erledigen zu lassen, ohne die eigene Kompetenz aufzugeben und an Einfluss zu verlieren“.

KOOPERATION ZUR ENTLASTUNG

Als eine „finanzielle Notwendigkeit“ sieht VÖWG-Geschäftsführerin Maier Kooperationen von öffentlichen Stellen – doch nicht nur das: „Sie sind auch aus ökologischer Sicht notwendig.“ Ein Beispiel sei die Müllverbrennung, bei der Schwermetalle und Giftstoffe aus dem Umweltkreislauf gefiltert werden können. Wolle man den Müll aus Gründen der Umweltverträglichkeit nicht in einem anderen Land verbrennen lassen, brauche es eine wirtschaftlich und ökologisch optimierte Anlage vor Ort – ein effizienter Betrieb lasse sich oft nur mittels Kooperationen herstellen. Bei der Daseinsvorsorge sei es wichtig, „dass neben dem Kostenvergleich auch ein Qualitätsvergleich erfolgt“, so Heidrun Maier.

Verwaltungsexperte Bußjäger kann sich als eine Alternative freiwillige Gemeindefusionen vorstellen. Anfang 2022 haben sich drei Kommunen im

„Daseinsvorsorge ist das, was man während der Corona-Krise wirklich brauchte.“

Heidrun Maier
Geschäftsführerin VÖWG

Tiroler Wipptal zusammengeschlossen, in einer Volksbefragung war die Mehrheit der Bevölkerung für die Fusion. Noch nirgends erprobt, aber für Bußjäger denkbar ist die Zusammenlegung der Gemeindeämter einer größeren Zahl von Gemeinden, und damit eine Kooperation in der Verwaltung.

In Wien setzt man traditionell auf Zusammenarbeit – auch in Sachen Klimaschutz. „Wir werden zur Erreichung der Klimaziele diese Kooperationen im Verkehrsbereich aber auch über die Stadtgrenzen hinweg, etwa mit Niederösterreich, brauchen“, sagt Abteilungsleiter Pospischill und pocht auf klare europarechtliche Regeln: „Wir müssen dazu den geografischen Wirkungsbereich der Stadt verlassen dürfen.“ Spannend sind für ihn Innovationen im Verkehrsbereich wie Carsharing, E-Scooter oder E-Bikes. Und er stellt sich auf intensive Diskussionen darüber ein, „wie wir die flächendeckende Versorgung, die wir für die Erreichung der Klimaziele brauchen, in Einklang mit dem Budgetziel bringen. Das ist eine große Herausforderung.“

WENN DAS GELD KNAPP WIRD

Apropos Finanzierung: In Wien wurden die Gebühren für Wasser, Kanal, Müllentsorgung sowie Parkscheine erhöht. Die neuen Preise ab 2023 kamen nicht bei allen gut an – doch sie waren notwendig, wie Martin Pospischill erklärt: „Diese Bereiche müssen sich über die Gebühren selbst tragen. Und unsere Preisgestaltung ist im europaweiten Vergleich im unteren Drittel.“ Auch werden Gelder reinvestiert – zum Beispiel in die Hochquellwasserleitung.

Weniger Angebot in manchen Bereichen, falls das Geld fehlt, wäre laut >



Wertvoll. Die Wasserversorgung ist ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Die Debatte über eine mögliche Privatisierung dieser Dienstleistung flammt immer wieder auf.



Veränderung. Daseinsvorsorge entwickelt sich laufend. Die Versorgung mit Internet wurde eine staatliche Aufgabe, wie auch die Bereitstellung neuer Fortbewegungsmittel wie E-Scooter.

Pospischill denkbar. Auch wenn es bisher noch nicht dazu gekommen sei, „wird diese Diskussion auf alle Kommunen und Städte in Europa massiv zukommen“, sagt der Abteilungsleiter. In Anbetracht der Inflation und der spürbar angespannten wirtschaftlichen Lage werde die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen auch bei den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen „ein großer Diskussionspunkt“ sein, erwartet Pospischill.

„Die Daseinsvorsorge muss finanzierbar sein“, sagt Peter Bußjäger. Denn Einrichtungen müssen im gewohnten Umfang geführt werden, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. „Kinderbetreuung und Pflege müssen sichergestellt sein“, sagt er, und mit Blick auf die Fachkräfteknappheit: „Dem Mangel an Pflegepersonal und Lehrkräften kann man nach den Geset-

zen des Marktes nur mit Geld begegnen und deutlich mehr zahlen.“

Heidrun Maier plädiert dafür, mehr über die Einnahmenseite nachzudenken – vor allem über die Besteuerung der großen Tech-Konzerne in Europa. Diese Unternehmen würden riesige Gewinne machen, aber nur geringe Steuern zahlen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern teils ungenügende Arbeitsbedingungen bieten, sagt sie. „Auf der anderen Seite verwenden sie unsere Infrastruktur und profitieren vom Gesundheits- und Bildungssystem.“

Die VÖWG-Geschäftsführerin fordert Gemeinden und Städte dazu auf, verstärkt an Förderausschreibungen auf EU-Ebene teilzunehmen, um Mittel für die Daseinsvorsorge etwa aus dem EU-Innovationsfonds zu erhalten. Dieser fördert Technologien und Innovationen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Bei dieser Umrüstung befinde sich Österreich aber „im Wettbewerb mit Kohlekraftwerken“ in anderen Ländern, und das mache es schwierig, „einen großen Hebel in die ökologisch-soziale Wende zu bringen“. Hier wünscht sich Maier eine Lenkung seitens der Europäischen Union.

DAMOKLESSCHWERT PRIVATISIERUNG

Und was ist nun mit dem Wasser, einem lebensnotwendigen und wertvollen Gut, und der immer wieder im Raum stehenden Liberalisierung des Wassersektors? Professor Bußjäger sieht kein Problem darin, dass sich private Unternehmen im Auftrag von Gemeinden um die Wasserversorgung kümmern. Aber: „Es muss gewährleistet sein, dass die Gemeinde für diese Aufgabe letztverantwortlich ist und sie im Ernstfall übernehmen kann.“

Gegen Privatisierungstendenzen sehe sich der VÖWG als eine „Mauer der Verteidigung“, sagt Heidrun Maier.

„Vor 30 Jahren hätte man nicht gedacht, dass das Internet als staatliche Aufgabe betrachtet werden wird.“

Peter Bußjäger
Verwaltungsexperte



Notwendigkeit. Auch wenn die Mittel knapp werden, muss die Versorgung der Bevölkerung mit Bildung, Gesundheit, Pflege und Betreuungsangeboten für Kinder sichergestellt sein.

Im Verband versammeln sich Unternehmen, die Daseinsvorsorge als gemeinsames Thema haben und „privatwirtschaftlich agieren müssen, aber volkswirtschaftlich denken“. Eines der Ziele ist, Investitionen und Profite im Kreislauf vor Ort zu halten. Außerdem werden die Interessen der Unternehmen, kommunale Aufgaben nicht dem Wettbewerb zu überlassen, auf europäischer Ebene vertreten – denn ab den 1990er Jahren gab es Vorstöße der EU-Kommission zur Liberalisierung.

In der Bundeshauptstadt ist man stolz darauf, dass Dienstleistungen – wie eben die Wasserversorgung – nicht nur im Aufgabenbereich der Stadt Wien liegen, sondern von den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung erbracht werden. „Wien hat als eine der wenigen Großstädte in Europa Kernbereiche der öffentlichen Dienstleistungen weder liberalisiert noch privatisiert“, erzählt Martin Pospischill. Und das, obwohl der Druck auf die Kommunen und Städte

„Viele Städte haben privatisiert und liberalisiert, und kaufen jetzt ihre Dienstleistungen zurück.“

Martin Pospischill
Abteilungsleiter MA 27

Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre enorm gewesen sei, Märkte für private Anbieter etwa im Personenverkehr zu öffnen. Zusammen mit London, Paris, Rom und anderen Metropolen sei man dagegen aufgetreten: „Wir sind der Meinung, dass ein gut abgestimmtes Verkehrsangebot für die Menschen nur möglich ist, wenn alles in einer Hand ist“, sagt Pospischill.

Später seien noch die Themen Trinkwasser, Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft in der europäischen

Debatte dazugekommen. Der Trend gehe aber jetzt in die andere Richtung: „Viele Städte haben privatisiert und liberalisiert, und kaufen jetzt ihre öffentlichen Dienstleistungen zurück“, so Pospischill. In den letzten 20 Jahren sei es in ganz Europa zu über 700 Rekommunalisierungen gekommen. In Wien habe man bei diesem Thema immer eine konservative Haltung eingenommen, doch „die stellt sich heute als überhaupt nicht konservativ heraus“, resümiert der Abteilungsleiter.



Workshops. Wie funktioniert die Daseinsvorsorge in Wien, was steckt hinter Wasser- und Energieversorgung oder Müllabfuhr? Das und mehr erfahren Wiener Schülerinnen und Schüler in mobilen Workshops des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums.

daseinsvorsorge.wirtschaftsmuseum.at

Österreich braucht Strom.

www.apg.at

Austrian
Power
Grid

APG

Mit dem Gesetz in Einklang

Korruption schwächt den Rechtsstaat und erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung in Verwaltung und Politik. Um einen sauberen öffentlichen Dienst sicherzustellen, gibt es klare **Compliance-Richtlinien** – samt Hilfestellungen für ihre Umsetzung im Berufsalltag.

Text: Sabina König

Eine kleine Essenseinladung hier, ein persönlicher Gefallen da, eine ungemeldete Nebenbeschäftigung dort: Öffentlich Bedienstete sind immer wieder mit Situationen konfrontiert, die ihre Integrität auf die Probe stellen. Oft sind es scheinbar harmlose Handlungen, die schwerwiegende Auswirkungen auf das Image einer Institution haben und sogar strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können. Dabei ist transparentes, pflichtbewusstes Vorgehen besonders für Verwaltungsbedienstete unverzichtbar, denn sie tragen eine hohe Verantwortung: Es geht nicht nur darum, sich selbst zu schützen, sondern auch das Vertrauen der Allgemeinheit zu sichern, dass dienstliche Aufgaben zuverlässig und sachlich wahrgenommen werden.

HOHE BANDBREITE AN VERSTÖSSEN

Das Thema Compliance ist in den vergangenen Jahren nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in der öffentlichen Verwaltung angekommen. Unter Compliance versteht man die

Einhaltung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften. Compliance Management umfasst alle Maßnahmen zur Förderung von Rechtstreue und zur Verhinderung von Regelverstößen. Eine komplexe Aufgabe, denn die Bandbreite an Ursachen für Verfehlungen ist groß. „Verstöße können aus Schlampigkeit, Unwissenheit oder Demotivation heraus passieren, oder auch auf ein hohes Maß an krimineller Energie zurückzuführen sein. Ein gutes Compliance-Management-System muss all diese Fälle abdecken“, erklärt Rene Wenk, Di-

rektor des Landesrechnungshofes Burgenland und Experte für Compliance bei Transparency International. Den wichtigsten Erfolgsfaktor sieht Wenk in einem klaren Bekenntnis der Führungsebene zur Bedeutung des Themas.

VERHALTENSKODEX ALS HILFESTELLUNG

Über die aktuellen Richtlinien informiert der stellenübergreifend geltende Verhaltenskodex, der von der Sektion Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport (BMKÖS) zur Verfügung gestellt wird. Dieser wurde von über 50 Expertinnen und Experten entwickelt und erläutert auf Grundlage der Rechtslage, wo Interessenkonflikte und korruptionsgefährdete Situationen auftauchen können und wie sie sich bewältigen lassen. „Mit einem Addendum können Ministerien und andere öffentliche Institutionen das Dokument in Abstimmung mit der Verwaltungsakademie des Bundes an ihre spezifischen Erfordernisse anpassen“, erklärt Gregor Weber, Jurist im BMKÖS. >

„Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“

Transparency International

Regelverstoß. Wer sich im öffentlichen Dienst der Korruption schuldig macht, hat mit hohen Geld- oder sogar Haftstrafen zu rechnen.





Sensibilisierung. Um in heiklen Situationen richtig zu reagieren, bietet die Verwaltungsakademie des Bundes In-House-Schulungen zum Thema Compliance an. Das Kursprogramm wird auf die jeweilige Dienststelle zugeschnitten.

Das zugehörige E-Learning-Tool erlaubt einen niederschweligen, interaktiven Zugang zum Thema, der gut ankommt: „Von November 2020 bis Dezember 2021 zählte das E-Learning-Tool 33.556 Unique Visitors“, freut sich Sandra Rauecker-Grillitsch, Leiterin des Referats III/6/c – Vernetzung und Koordination im BMKÖS. Der Verhaltenskodex ist ein wichtiger Puzzlestein, zusätzlich braucht es aber interne Kontrollsysteme, um auch absichtlichen Korruptionsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben.

RISIKEN SORGFÄLTIG ABWÄGEN

Mit welchen Folgen im Fall eines Regelverstößes zu rechnen ist, hängt von der Art des Vergehens ab: Die Speerspitze sind strafrechtlich relevante Verfehlungen wie Bestechung, die mit hohen Geld- oder sogar Haftstrafen geahndet werden. Häufiger sind Verstöße gegen das Dienstrecht wie etwa eine verbotene Geschenkannahme, hier

kann es immerhin zu Entlassungen kommen. Strenger sind üblicherweise organisations- beziehungsweise stellenspezifische Vorgaben. „Organisationen müssen sich im Rahmen ihres Risikomanagements die Frage stellen, welche Verhaltensweisen oder Verstöße für sie besonders sensibel sein können. Interne Regelungen können dann auch strenger als gesetzliche Vorgaben sein“, erläutert Rene Wenk.

„Verstöße können aus Schlampigkeit, Unwissenheit oder Demotivation heraus passieren, oder auf kriminelle Energie zurückzuführen sein.“

Rene Wenk
Direktor LRH Burgenland

BEWUSSTSEINSBILDUNG VON ANFANG AN

Die Verwaltungsakademie des Bundes verfolgt das Ziel, öffentlich Bedienstete zu befähigen, in korruptionsgefährdeten Situationen richtig zu reagieren, wie Referatsleiterin Rauecker-Grillitsch erklärt. Das bereits umfassende Schulungsangebot soll noch weiter ausgebaut werden und fußt auf mehreren Säulen: Das Thema „Korruptionsprävention, Compliance und Integrität“ ist Teil der Grundausbildung und Gegenstand von Seminaren und Online-Trainings, die sich unterschiedlichen Schwerpunkten widmen. Zur Verfügung stehen Weiterbildungsangebote und In-House-Schulungen, die auf die Bedürfnisse der jeweiligen Dienststelle ausgerichtet sind und häufig in Anspruch genommen werden. Wie Gregor Weber, selbst Vortragender an der Verwaltungsakademie, ausführt, sind die Bereiche Auftragsvergabe und Förderung, Vertragsabschluss,

Hilfestellung.
Der Verhaltenskodex des BMKÖS informiert stellenübergreifend über alle geltenden Richtlinien.



ONLINE AUFKLÄREN

Der **Verhaltenskodex** sowie das ergänzende **E-Learning-Tool** zur Korruptionsprävention im öffentlichen Dienst stehen hier zur Verfügung:

- ressort- und gebietskörperschaftsübergreifend über die Webseite



- für Bedienstete mit entsprechendem Zugang über den Bildungskatalog der Verwaltungsakademie des Bundes im elektronischen Bildungsmanagement (E-BM)
- für Bedienstete mit entsprechendem Zugang über das Serviceportal Bund



Leistungskontrolle und Vertragsüberwachung sowie behördliche Aufgaben wie Genehmigungsverfahren, Aufsicht oder Kontrolle besonders sensibel.

BEWÄHRTER MASSNAHMENMIX

Auch im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) setzt man in puncto Compliance auf ein umfassendes Schulungs- und Beratungsangebot. „Hilfe zur Selbsthilfe“ lautet die Maxime.

„Die Compliance-Verantwortlichen beraten Führungskräfte und Bedienstete bezüglich der zunehmend komplexer werdenden Gesetzeslage ebenso wie zu ressortinternen Verhaltensgrundsätzen“, erklärt Chief Compliance Officer Bernd Novotny. Ein Compliance-Seminar ist sowohl Teil der Grundausbildung als auch des Weiterbildungsangebots. Alle Führungskräfte des BMAW haben einmal im Jahr ein von den Compliance-Verantwortlichen speziell gestaltetes E-Learning-Programm >

Stabilität & Sicherheit

goed.at



Jetzt neu!
Die besten Pop- und Rockklassiker aller Zeiten



Jetzt reinhören



Aufklärung. In parlamentarischen Untersuchungsausschüssen überprüft das Parlament die Arbeit der Regierung. Vermutete Verstöße gegen Compliance-Regeln bei Postenbesetzungen waren 2020 und 2021 Thema im sogenannten Ibiza-U-Ausschuss.

mit anschließendem Wissenstest zu absolvieren. Ebenfalls bewährt haben sich Gespräche der Compliance-Verantwortlichen mit neu bestellten Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern in informellem Rahmen, die auch dem Abklären von Unsicherheiten im Zusammenhang mit Compliance-Fragen dienen. Großer Wert werde auf einfach

„Wo früher in einem Dokument der Verweis auf gesetzliche Bestimmungen genügt hätte, bieten wir heute prägnante Zusammenstellungen der Compliance-Vorgaben.“

Bernd Novotny
Chief Compliance Officer (BMAW)

zugängliche Informationen gelegt, erklärt Novotny: „Wo beispielsweise früher in einem Dokument der Verweis auf gesetzliche Bestimmungen genügt hätte, bieten wir heute prägnante Zusammenstellungen der Compliance-Vorgaben. In der Regel auch verbunden mit einer Prozessbeschreibung. Besonders relevante Richtlinien oder Rundschreiben werden mit eigens dafür erstellten Kurzvideos begleitet.“

VERSCHÄRFUNGEN NOTWENDIG

Trotz all dieser Maßnahmen gibt es für den Compliance-Experten Rene Wenk noch viel Luft nach oben, was Transparenz im öffentlichen Dienst angeht. Nachgeschärft werden sollte etwa beim Korruptionsstrafgesetz, beim Informationsfreiheitsgesetz oder bei der Transparenz von Vergabeverfahren, sagt er. „Im Corruption Perceptions Index von Transparency International rutscht Österreich immer weiter ab. Das liegt auch

darin, dass Transparenzbemühungen im Vergleich zu den öffentlichkeitswirksamen Vorwürfen gegen manche Politiker kaum wahrgenommen werden“, erklärt Wenk, der sich trotzdem zuversichtlich zeigt: Vor 15 Jahren habe man das Wort Korruption kaum in den Mund nehmen dürfen, heute werde öffentlich über die Problematik gesprochen, es gebe Standards und Guidelines. Auch die fortschreitende Institutionalisierung von Compliance-Management-Systemen lässt Wenk hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.



Kontakt. Zum Thema Korruptionsprävention, Compliance und Integrität sind die Verwaltungsakademie des Bundes und die Abteilung Allgemeines Dienst- und Besoldungsrecht und Koordination Dienstrecht im BMKÖS die richtigen Ansprechpartner.

www.bmkoes.gv.at



Bettina Knötzl ist Präsidentin von Transparency International Austria. Die Wirtschaftsanwältin berät mit ihrer Kanzlei Unternehmen zum Thema Compliance.

Mehr Transparenz im öffentlichen Dienst

Das Interesse an Compliance wächst, viele Initiativen gegen Korruption im öffentlichen Dienst entstehen. Mehr verbindliche Standards und Transparenz würden dem Ansehen Österreichs und dem Wirtschaftsstandort nutzen.

Auch im öffentlichen Dienst manifestiert sich ein gesteigertes Interesse an Compliance. Viele öffentliche Stellen haben in den letzten Jahren einen Compliance-Code oder auch Ethikrichtlinien implementiert, mit deren Hilfe die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen leicht verständlich nahegelegt wird. Dazu werden einerseits die tragenden **Werte** der Organisationseinheit vermittelt und andererseits **Strukturen** geschaffen, die Compliance fördern. Die Stadt Wien hat im Wiener Landtag zuletzt etwa die in Unternehmen längst bekannte Funktion des Compliance Officers eingeführt. Auch finden sich zunehmend Hinweisgeberinnen- und Hinweisgebersysteme, obwohl der Gesetzgeber die entsprechende EU-Whistleblower-Richtlinie – trotz eingeleitetem Vertragsverletzungsverfahren – noch nicht bundesgesetzlich umgesetzt hat. Gerade auf Landesebene sind bemerkenswerte Initiativen zur Förderung von Compliance im Gange.

Vertragspartner der öffentlichen Hand stehen freilich einem Dschungel verschiedenster Compliance-Richtlinien gegenüber, die sich zwar alle an den hierzulande üblichen Standards orientieren,

aber selten deckungsgleich sind. Anders als in den USA (mit dem Foreign Corrupt Practices Act) und im UK (mit dem Bribery Act) hat der österreichische Gesetzgeber keine verbindlichen Compliance-Standards für den Kampf gegen Korruption vorgegeben. Das trägt zu einer **unübersichtlichen Vielfalt an unterschiedlichen Richtlinien** bei.

Transparency International – Austrian Chapter (TI-Austria) konnte in den letzten Jahren mit der Einführung eines Transparenzindex für die bevölkerungsreichsten österreichischen Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz leisten. Das Interesse an einem guten Abschneiden ist groß und steigt seit der Einführung des „**Index Transparente Gemeinde**“ weiter. Mittlerweile nehmen 82 Gemeinden an der Reihung teil, wobei sich viele laufend verbessern. Das ist ein deutliches Zeichen, dass das Thema Compliance auch im öffentlichen Dienst an Bedeutung gewinnt.

Gleichzeitig lässt der Index auf **zahlreiche Schwachstellen** vielerorts rückschließen. Die Korruptionsanfälligkeit der öffentlichen Beschaffung aufgrund des **hohen Grades an Intransparenz**

bleibt inakzeptabel. Gerade im besonders gefahrenreinen Bereich Beschaffung und Vergabe lohnen sich volle Transparenz, klare Richtlinien, eine ethische Schulung des Personals und funktionierende Meldekanäle für mutmaßliches Fehlverhalten.

Nicht ohne Grund zeigen die Berichte der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) regelmäßig Österreichs **Nachholbedarf im Bereich Antikorruption** auf. Und nicht umsonst reißen sich Skandale im Bereich der öffentlichen Hand und Untersuchungsausschüsse aneinander. Öffentlich ausgetragene **Korruptionsskandale schaden Österreich**. Das Ansehen als Wirtschaftsstandort leidet massiv. Dass das **Informationsfreiheitsgesetz** seit Jahren auf sich warten lässt, spricht Bände. TI-Austria fordert ein Recht auf Information und einen transparenteren öffentlichen Dienst, denn nur wenn ein echter Gesellschaftswandel gelingt, wird das Problem an der Wurzel gepackt. Mit mehr Transparenz könnte auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Lokalpolitik gestärkt werden. Mehr Transparenz im öffentlichen Dienst ist das Gebot der Stunde.

„Den Hang zum Politikmachen sollte man am Eingang abgeben“

Harald Waiglein ist seit 2012 Sektionschef im Finanzministerium und hat mit Finanzkrise, Coronavirus-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine turbulente Perioden erlebt. Lösungen für „die großen Themen der Zeit“ zu entwickeln, darin liegt für ihn der Reiz an seinem Job, der einiges an Stressresistenz erfordert.

Text: Cornelia Ritzer **Fotos:** Franziska Liehl

Als Leiter der Sektion III sind Sie für Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Zölle zuständig. Sie beschäftigen sich also mit vielen Themen – welche sind aktuell die wichtigsten?

Das kann man nur schwer werten, da momentan der Krieg in der Ukraine alles überlagert und sich auf alle drei Bereiche auswirkt. Die Sanktionen sind in vielen Fällen vom Zoll zu exekutieren. Dann hat der Krieg natürlich Auswirkungen auf das Finanzsystem, wo wir die Risiken kontrollieren müssen. Und wirtschaftspolitisch müssen wir an Unterstützungsprogrammen angesichts der hohen Energiepreise arbeiten. Doch ich kann nicht sagen, welcher Bereich mehr und welcher weniger betroffen ist.

Wie wirkt sich die aktuelle Situation auf die Arbeitsbelastung Ihrer 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Sektion aus?

Die ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, weil wir immer mehr Aufgaben für die Verwaltung erfinden, auch auf europäischer Ebene. Aber die Zahl der Personen, die alle diese Aufgaben erledigen müssen, bleibt die gleiche.

In einem Porträt der „Neuen Zürcher Zeitung“ wurden Sie 2015 als „Sektionschef mit ungewöhnlichem

Karriereweg“ bezeichnet. Empfinden Sie Ihren Karriereweg ebenfalls als ungewöhnlich?

Vielleicht ist er für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich. Ich denke, in den USA oder England wäre das nicht so. Da gibt es viele Leute, die in der Studienzeit eine Band haben und Musik machen und dann Molekularbiologen oder irgendwas anderes werden. Bei uns ist das zwar nicht so üblich, aber es ist auch nicht vollkommen außergewöhnlich.

Was ist bei uns anders als zum Beispiel in England?

Ich kann nur vom Finanzsektor sprechen, aber in England findet man viel mehr Leute, die eigentlich von ganz wo-

anders herkommen. Da gibt es Physiker und auch Biologen, die draufgekommen sind, dass ihr mathematisches Wissen auch im Bankenbereich gut einsetzbar ist. Die Durchlässigkeit zu anderen Sektoren ist größer. Das liegt vielleicht auch daran, dass es in den USA und in England weniger üblich ist, dass Menschen schon mit 13 Jahren wissen, was sie werden wollen, und nur auf dieses eine Ziel hinarbeiten. Sondern sie machen vielleicht die eine oder andere Kurve auf dem Karriereweg und landen dann ganz woanders, als sie geplant haben.

Es kommt eine Pensionierungswelle auf uns zu, allorts wird Personal gesucht. Haben Sie Tipps für Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten möchten? Lohnt sich auch ein späterer Wechsel in die Verwaltung? Und welche Eigenschaften sollte man dafür mitbringen?

Es ist möglich und passiert auch immer wieder. Wir hatten zum Beispiel in letzter Zeit Wechsel von der Finanzmarktaufsicht und auch schon aus dem Privatsektor, dem Bankenbereich, zu uns. Teils hat das einen persönlichen Hintergrund, teils ist es das Interesse. Aber es lohnt sich auf jeden Fall. Die Tätigkeit bei uns ist extrem gewinnbringend, weil man an den großen Themen der Zeit mitarbeitet und hilft, Lösungen zu entwickeln. Das ist der >

„Die Tätigkeit bei uns ist extrem gewinnbringend, weil man an den großen Themen der Zeit mitarbeitet und hilft, Lösungen zu entwickeln.“

Perspektiven. Seit 2012 ist Harald Waiglein als Sektionschef im Finanzministerium für die Themen Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Zölle zuständig. Der Ukraine-Krieg wirkt sich auf alle diese Bereiche aus.





Erfahrungen. Der Karriereweg von BMF-Sektionschef Harald Waiglein – er ist Finanzwissenschaftler sowie Dolmetscher und war auch Journalist – wurde von der „Neuen Zürcher Zeitung“ in einem Porträt als „außergewöhnlich“ bezeichnet.

Anreiz. Als Tipp würde ich jedem, der in der Verwaltung arbeiten will, mitgeben, dass man den Hang zum Politikmachen – so man den hat – am Eingang abgeben sollte. Denn wenn man Politik machen will, muss man sich um ein Amt bemühen und schauen, dass man gewählt wird. Wir sind ja nicht gewählt, darum kann es nicht unsere Aufgabe sein, Politikerinnen und Politiker zu overrulen, sondern wir sind da, um fachlich bestmöglich zu beraten. Und das ist schwer, wenn man stark ideologisch getrieben ist. Ministerinnen und Minister kommen und gehen. Unser Job ist aber, egal wer Ministerin oder Minister ist, diese Person bestmöglich zu unterstützen.

Welche anderen Eigenschaften braucht es für eine Tätigkeit in der Verwaltung?

Man muss stressresistent sein und auch mit sehr flexiblen Arbeitszeiten gut umgehen können, weil wir manchmal die ganze Nacht über verhandeln. Und man

ZUR PERSON

Harald Waiglein ist Leiter der Sektion III – Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Zölle im Finanzministerium. Der Wiener studierte Dolmetsch (Englisch, Portugiesisch) sowie „Finance and Financial Law“ und arbeitete als Journalist für den ORF sowie die „Wiener Zeitung“. 2008 wechselte der Finanzwissenschaftler als Pressesprecher ins Finanzministerium, wo er 2012 zum Sektionschef bestellt wurde.

darf nicht zu empfindlich sein, wenn es mal härter hergeht. Wir werden im Parlament oft kritisiert, teilweise geht das auch ins Persönliche. Das darf man einfach nicht überbewerten. Persönlich nehmen sollte man das überhaupt nicht.

Das Finanzministerium geriet in jüngster Zeit etwa wegen der Finanzierung von thematisch fragwürdigen Studien oder einer Hausdurchsuchung in die Schlagzeilen. Wie geht es einem da als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter auf Beamten-ebene? Wie reagiert man?

Es hat schon viele Kolleginnen und Kollegen bedrückt, in welches Licht das Finanzministerium gerückt wurde. Unser Selbstverständnis ist ja ein anderes. Steuersektionschef Gunter Mayr hat das im Untersuchungsausschuss gut auf den Punkt gebracht – „so ist die Finanzverwaltung nicht“. Man kann in dem Zusammenhang auch anmerken, dass die Personen, die das betroffen hat, überwiegend nicht aus dem Apparat ➤

PINTEREST: EIN MEDIUM FÜR CORPORATE PUBLISHING

Pinterest gilt als soziales Medium, legt jedoch wenig Wert auf Diskurs oder Kommentare. Vielmehr ist es eine Plattform, die als Suchmaschine agiert und so Website-Traffic generiert.

Wo im Jahr 2010, beim Onlinegang der Plattform Pinterest, Rezepte und DIY-Tutorials die Masse an „Pins“ ausmachten, herrscht heute visuelle Vielfalt: Wie Google ist auch Pinterest eine Suchmaschine, die jedoch über verlinkte Bilder – Pins – funktioniert. Auf diese Weise wird zusätzlicher Traffic für Ihre Unternehmenswebsite generiert.

ONLINEMARKETING AUF HOHEM NIVEAU

Für die optimale Nutzung der Plattform muss jedes Ihrer gepinnten Bilder mit einem passenden Link zu einer Website hinterlegt sein. Durch den Klick auf das Bild werden Nutzerinnen und Nutzer auf die Website weitergeleitet und können Produkte, die ihnen gefallen, direkt kaufen oder sich in einem Blog näher informieren. So wird über die soziale Plattform das Interesse potenzieller Kundinnen und Kunden an einem Unternehmen geweckt oder gefestigt.

WAS IST EIN GUTER PIN?

Bei der Pinterest-Suche gleicht ein Algorithmus Titel, Beschreibung sowie Metabeschreibung vorhandener Einträge mit den eingetippten Keywords ab. Passende Pins werden dann gelistet. Bei der Erstellung eines Pins beschreiben Sie also das Bild und Ihr Anliegen am besten so genau, dass andere es auch auffinden können. Es werden



Pinterest. Der richtige Pin sorgt für Besuche auf Ihrer Website und hilft bei der Akquise neuer Kundinnen und Kunden. Die Suchmaschine ist eine Alternative zu Google.

aber auch aussagekräftige Bilder benötigt. Nur so kann die „visuelle Suche“ Übereinstimmungen in anderen Pins finden und diese vorschlagen.

ORGANISCHE POSTINGS ODER DOCH EINE AD-SCHALTUNG?

Auch organische Inhalte arbeiten für Sie ähnlich einer Werbeanzeige und sind durch die Suchfunktion anderen sozialen Netzwerken gegenüber besonders langlebig. Ganz auf bezahlte Anzeigen sollten Sie aufgrund der heutigen Pin-Vielfalt trotzdem nicht verzichten. Dabei ist es auch sinnvoll, Pins über einen längeren Zeitraum zu bewerben. Durch aktives Pinnen geben Sie Ihren Interessentinnen und Interessenten somit eine weitere Möglichkeit, Ihre Website zu entdecken.

FUNDIERT. RELEVANT. WIRKSAM.

Sie wollen mehr wissen? Sie wollen ein Magazin, einen Blog oder einen Podcast realisieren? Die **Content Agentur Austria** ist dafür die richtige Ansprechpartnerin. Unsere Spezialistinnen und Spezialisten unterstützen Ihre Behörde oder Ihr Unternehmen nicht nur dabei, komplexe rechtliche oder technische Inhalte verständlich aufzubereiten. Wir entwerfen auch maßgeschneiderte **Content-Lösungen** für Magazine, Reports, Blogs, Podcasts oder Newsletter und setzen diese in hoher Qualität um. Zu unseren Kundinnen und Kunden zählen öffentliche Einrichtungen wie auch privatwirtschaftliche Unternehmen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage unter:

www.contentagenturaustria.at und auf Ihren Besuch unseres Instagram-Profiles



des BMF gekommen sind, sondern Quereinsteiger waren. Die Menschen hier im Haus und in der Finanzverwaltung haben ein hohes Ethos und eine sehr professionelle Auffassung von Arbeit.

Sind Sie in die Situation gekommen, das Finanzministerium verteidigen zu müssen?

Das musste ich immer wieder, in verschiedensten Zusammenhängen. Das hat mit der Finanzkrise 2008 und den Rettungsmaßnahmen für Griechenland begonnen und zieht sich bis heute durch. Wir müssen alles, was wir machen, argumentieren, aber oft auch verteidigen. Das ist auch gut so, denn ein großer Teil dieser Verteidigung findet in parlamentarischen Ausschüssen statt, wo das Parlament von uns wissen will, warum wir manche Dinge tun und ob wir sie nicht auch anders machen können.

Vor Ihrer Tätigkeit im Finanzministerium haben Sie als Übersetzer sowie als Wirtschaftsjournalist – unter anderem bei der „Wiener Zeitung“ – gearbeitet. Welche Rolle spielen Kommunikation und damit auch Bürgernähe sowie Transparenz in Ihrer jetzigen Funktion?

Wir haben früher im Zusammenhang mit dem Finanzsektor viel erklärt und ich mache das auch sehr gerne, wenn man mich einlädt. Meine Erfahrung ist, dass der Finanzsektor in der öffentlichen Diskussion kein Thema mehr ist. Insofern haben wir momentan nicht viel zu erklären.

Kommunikation ist für mich auf der Ebene der internationalen Verhandlungen am wichtigsten. Da geht es um gute Argumente, darum, dass man auch seine Gegenüber in anderen Ländern kennt und weiß, was deren Positionen sind und wo es eventuell Überschneidungen gibt. Und das in einer Fremdsprache auf einem extrem hohen Niveau. Wer glaubt, er kann eine Richtlinie über Bankenabwicklung verhandeln, ohne gut Englisch zu sprechen, hat schon verloren. Das internationale Geschäft beruht auf einer vertrauensvollen Kommunikation.

3 FRAGEN, 3 ANTWORTEN

Sie sind beruflich viel unterwegs. In welche Länder reisen Sie privat?

Entweder nach Spanien, wo mein Vater lebt, oder nach Namibia, wo wir viel Familie haben.

Man weiß, dass Sie Musiker sind. Wie oft besuchen Sie noch Konzerte?

Zu selten. Das letzte Mal war ich mit meiner ältesten Tochter beim Reading Festival. Da ist man dann gezwungen, sich wieder mal ein Konzert anzuschauen, und da war ich sehr positiv überrascht.

Gibt es ein Erfolgsrezept, um in der öffentlichen Verwaltung Karriere zu machen?

Ich könnte jetzt lügen und sagen, man muss dies und jenes machen, und dann wird man Sektionschef. Aber vieles davon ist auch Glück. Dass ich in dieser Position bin, hat auch damit zu tun, dass ich das Glück hatte, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein. Andererseits hat man das Glück aber auch nur, wenn man die Anforderungen erfüllen kann. Wir müssen schnell sein, wir müssen stressresistent sein, wir müssen hochprofessionell sein und wissen, was wir tun. Finanzsektorthemen sind extrem komplex, da braucht man wahre Expertinnen und Experten. Aber deswegen ist es auch so lohnend, weil man eine Herausforderung hat, die es auch wert ist, dass man sie angeht.

„Die Sektion III ist der Schnittpunkt zwischen der österreichischen und der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gerade in Zeiten der Krise spielt sie eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der anstehenden Probleme“, sagten Sie 2012, als Sie Sektionschef wurden, über Ihre neue Herausforderung. Mit der Staatsschuldenkrise in Griechenland, der Coronavirus-Pandemie und nun dem Krieg in der Ukraine haben wir einige schwierige Zeiten erlebt. Gibt es so etwas wie den richtigen Umgang mit Krisen?

Jetzt könnte ich ganz banal sagen, man muss Ruhe bewahren und versuchen, eine Lösung zu finden. Aber wenn ich die Krisen Revue passieren lasse, gibt es kein Patentrezept. Denn jede war anders, hatte andere Ursachen und hat andere Lösungen erfordert. Man muss rasch, ehrlich und gründlich analysieren, wo eine Krise herkommt, damit man Lösungsansätze entwickeln kann. Aber das ist sehr allgemein. Eine Staatsschuldenkrise ist etwas anderes als eine Pandemie, und der Krieg in der Ukraine ist wieder etwas anderes.

Die gefährlichste Krise war für mich die Finanzkrise 2008, die aber in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so präsent war, weil wir das Schlimmste verhindert haben. Das hätte viel dramatischer ausgehen können.

Sie haben neben Ihrer Arbeit als Sektionschef zahlreiche internationale Funktionen, unter anderem sind Sie kürzlich als Vorsitzender des EU-Ausschusses für Finanzdienstleistungen, des Financial Services Committee (FSC), wiedergewählt worden. Wie wichtig ist der Blick über die österreichischen Grenzen hinweg für Sie und Ihre Arbeit?

Er ist sehr wichtig, weil wir ein kleines Land sind, und kleine Länder können nur bestehen, wenn sie Freunde haben und auf internationaler Ebene wahrgenommen werden. Es gibt zwei Möglichkeiten, sich global durchzusetzen: Entweder man ist die USA oder China, also groß und reich, und sagt, was man will,



Internationale Kontakte. Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist es wichtig, Allianzen zu schmieden: „Wir müssen andere überzeugen“, sagt Sektionschef Harald Waiglein, der zahlreiche internationale Funktionen innehat.

und bekommt es in den meisten Fällen. Oder man ist klein wie wir und viele andere – dann braucht man Freunde, muss Allianzen schmieden und verstehen, was die gemeinsamen Themen sind und wo man gemeinsame Argumentationslinien finden kann. Das ist unsere einzige Chance. Da sind multilaterale Organisationen extrem wichtig, weil wir in solchen viel mehr bewegen können, als das bilateral möglich ist.

Sie führen auch den Vorsitz im Direktorium der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität sowie im Risikoausschuss des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Wie wichtig ist es für Österreich, dass heimische Expertinnen und Experten in solchen Gremien mit am Tisch sitzen? Wäre der Informationsfluss aus den Institutionen sonst ein anderer?

Wir können nur dann bestehen, wenn wir Diskussionen in multilateralen Gremien mit starken Argumenten – und

darin muss man eben gut sein – in eine Richtung bewegen können, die für uns positiv ist. Wir müssen andere überzeugen. Es gibt keinen Grund, dass irgendwer uns einen Gefallen tut, nur weil wir Österreich sind.

Sie sind bereits seit zehn Jahren Leiter der Sektion III im Finanzministerium. Die Digitalisierung ist in dieser Zeit immer weiter vorangeschritten, so ist Onlinebanking am Smartphone heute ganz alltäglich. Wissen die Österreicherinnen und Österreicher genug über die Vor- und Nachteile dieser Entwicklung? Oder braucht es hier mehr Bildung?

Die Financial-Literacy-Initiative im Finanzministerium läuft sehr erfolgreich, und wir haben auch eine Begutachtungsstellungnahme für die neuen Lehrpläne eingemeldet, da wir der Meinung sind, dass vor allem an den AHS zu wenig wirtschaftliche und finanzielle Bildung vermittelt wird. Das merken wir überall. Ich bemerke es auch

an mir selbst, denn als ich maturierte, wusste ich nicht, was eine Mehrwertsteuer ist und wie wir eine Steuererklärung ausfüllen müssen, geschweige denn, wie man eine Bilanz liest. Das ist eigentlich unsäglich, denn die politische Debatte dreht sich insbesondere um Wirtschaftsthemen. Und wir bereiten einen großen Teil der Menschen dieses Landes nicht darauf vor.



Financial Literacy. Das BMF setzt im Rahmen der Österreichischen Jugendstrategie das Projekt Financial Literacy um. Ziel ist die Unterstützung junger Menschen beim Erwerb finanzwirtschaftlicher Kompetenz, die ein wesentlicher Faktor für wirtschaftliche Selbstbestimmtheit ist.

www.bmf.gv.at

Österreichs Finanzpolitik als Basis für Wachstum

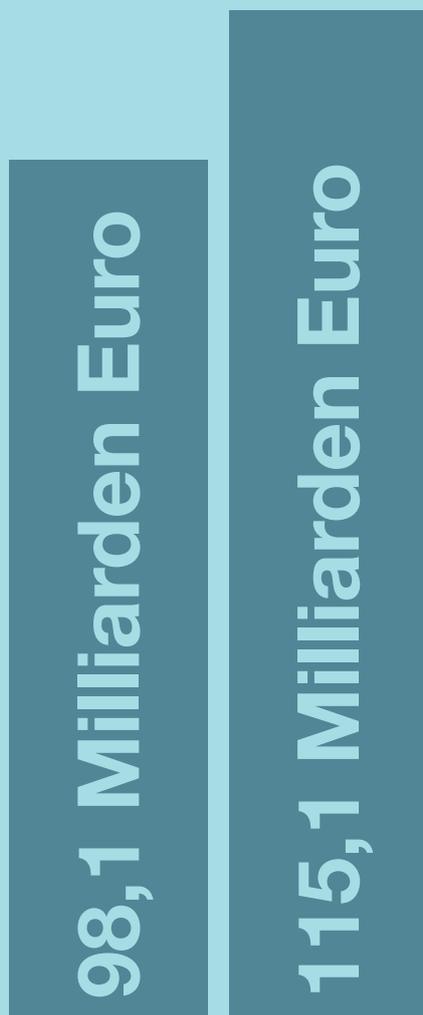
Alle Maßnahmen, mit denen sich die wirtschaftlichen Abläufe und Strukturen eines Landes beeinflussen und gestalten lassen, werden als **Wirtschaftspolitik** bezeichnet.

Text: Cornelia Ritzer

Eingriffe für mehr Wachstum oder Widerstandskraft gegenüber negativen Einflüssen können über **Steuern und Staatsausgaben** erfolgen – also über eine Senkung oder Erhöhung von Steuern und Abgaben, über die **Vergabe von öffentlichen Aufträgen** oder über den **Ausbau beziehungsweise Abbau von Sozialleistungen**.

Die **Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume** der österreichischen Wirtschaftspolitik wurden in den letzten Jahren von europäischen Koordinations-

mechanismen geprägt und verändert: dem **EU-Binnenmarkt**, der **Einführung der gemeinsamen Währung**, der **Erweiterung der Europäischen Union**, der zunehmenden **Internationalisierung der Wirtschaft** und dem raschen **Strukturwandel**. Weitgehend im einzelstaatlichen Verantwortungsbereich sind Fiskal- und Strukturpolitik. Auch diesen kommt eine entscheidende Bedeutung für die Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit zu.



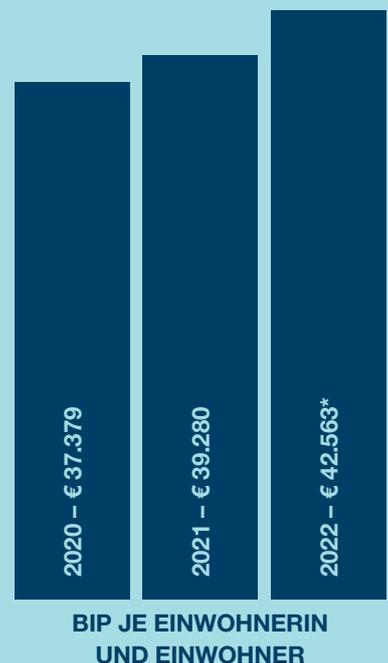
DAS BUDGET

Das Bundesbudget ist der zentrale Angelpunkt für die **Erfüllung staatlicher Aufgaben**. Die in ihm zusammenfließenden Mittel decken den Bedarf unserer Gesellschaft an öffentlichen Gütern wie etwa Sicherheit, Rechtsprechung und sozialer Sicherheit. Von der Budgetpolitik, die mit der Steuerpolitik eng verknüpft ist, wird Österreichs Wirtschaft maßgeblich beeinflusst.

Der Entwurf für das **Budget 2023** nennt **Einnahmen in Höhe von 98,1 Milliarden Euro** und **Ausgaben von 115,1 Milliarden Euro**.

BIP

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Für das BIP wird der Wert aller Güter und Dienstleistungen in Österreich addiert.





STEUERN UND ABGABEN

Um seine **Aufgaben erfüllen zu können**, braucht der Staat **Einnahmen**. Zu diesem Zweck erhebt er **Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben**. Alle Bürgerinnen und Bürger haben die **Pflicht**, ihren Anteil zur **Finanzierung öffentlicher Leistungen** beizutragen – auch dann, wenn sie nicht selbst in den Genuss einer Leistung kommen oder diese nicht beantragen. Zu den wichtigsten Steuern in Österreich zählen die **Einkommensteuer**, die **Immobilienwertsteuer**, die **Kapitalertragsteuer**, die **Körperschaftsteuer**, die **Lohnsteuer** und die **Umsatzsteuer**.

In Österreich existieren **154 Abgabenarten**: von A wie Abgabe von Zuwendungen bis Z wie Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafe.

ZOLL

Unerlässlich bei **Exporten aus der EU** ist der Zoll. Als kompetente Anlaufstelle unterstützt die **österreichische Zollverwaltung** Unternehmen bei Fragen zu Ausfuhren aus der EU. Rund **1480 Bedienstete** sind österreichweit beim Zoll beschäftigt. Neben der **Sicherung und Verwaltung** von Abgaben durch Überwachung des internationalen Warenhandels leisten sie auch einen wichtigen Beitrag zur **Stärkung** und zum **Schutz** der heimischen Wirtschaft sowie österreichischer Arbeitsplätze.



1480

EXPORT VON WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN ALS WIRTSCHAFTSMOTOR

Hierzulande betrug das Volumen der **Gesamtausfuhren von Waren im Jahr 2018** circa 150,1 Milliarden Euro. Daher ist für Österreich die **Entwicklung der Außenwirtschaft von großer Bedeutung**. Wie nahezu alle EU- und OECD-Staaten, aber auch Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika, verfügt auch Österreich über ein **staatlich unterstütztes Exportförderungsverfahren**. Dieses trägt wesentlich dazu bei, dass die inländische Exportwirtschaft unter fairen Wettbewerbsbedingungen am internationalen Markt teilnehmen kann.



DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

Der **ESM** ist eine als internationale Finanzinstitution eingerichtete **ständige Stabilitätsmechanismus für die Länder des Euro-Währungsgebietes** (die „Euro-Länder“). Sein Zweck ist es, Finanzmittel zu mobilisieren. ESM-Mitgliedern, die schwerwiegende Finanzierungsprobleme haben oder denen solche Schwierigkeiten drohen, wird unter angemessenen Auflagen Stabilitätshilfe gewährt, wenn dies zur Wahrung der Finanzstabilität des gesamten Euro-Währungsgebietes und seiner Mitgliedstaaten notwendig ist.

Das **genehmigte Stammkapital des ESM** beträgt **704,8 Milliarden Euro**, wobei sich der österreichische Anteil auf 2,76 % (rund **19,5 Milliarden Euro**) beläuft.

704,8 Milliarden Euro



19,5 Milliarden Euro



Geregelt. Ökostrom muss in Österreich zu einem bestimmten Anteil aus Windkraft gewonnen werden.



Gemeinsam stark beschaffen

Ein **Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung** soll dafür sorgen, dass öffentliche Ausgaben in Österreich möglichst klimaschonend werden. Doch was sieht der Plan vor und wie funktionieren die Maßnahmen?

Text: Rainer Brunnauer-Lehner



Verpflichtung. „Wir beginnen mit Klimaschutz bei uns selbst“, hieß es von Leonore Gewessler zum Start des Aktionsplans für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung.

Egal, ob eine deutliche Reduktion der Treibhausgase bis zum Jahr 2030 oder gar die vollständige Klimaneutralität 2040: Welche Ziele man auch heranzieht, Österreich hat in Sachen Klimaschutz enormen Handlungsbedarf. Eine wichtige Rolle für das Gelingen der Klimawende spielt neben privaten Haushalten und Unternehmen die öffentliche Hand: Rund 14 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entfallen allein auf die öffentliche Beschaffung – also den Einkauf von Waren, Dienst- und Bauleistungen durch den Bund, die Länder, Gemeinden sowie

„Wir beginnen mit Klimaschutz bei uns selbst. Deshalb steigen wir bereits jetzt in allen Ministerien auf 100 Prozent Ökostrom um.“

Leonore Gewessler
Bundesministerin für Klimaschutz

durch ausgelagerte Unternehmen und öffentliche Einrichtungen etwa im Bildungs- oder Gesundheitsbereich.

Von Klopapier über medizinische Ausstattung, Werkzeug und Geräte sowie Fahrzeuge bis hin zu Hoch- und Tiefbau, Strom und Softwarelizenzen – der Bedarf ist vielfältig und groß: „Eine öffentliche Verwaltung, die den Weg in Richtung kreislauforientierte und klimaneutrale Verwaltung beschreiten will, kann nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Beschaffung ressourcenschonend und umweltfreundlich ausrichtet und ihrer Vorbildrolle gerecht wird“, sagt Karin Hiller, Gesamtkoordinatorin für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). Sicherstellen soll das der Aktionsplan für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung – kurz naBe-Aktionsplan. Er verpflichtet nicht nur alle Bundeseinrichtungen zu einem klimafreundlichen Einkauf, der ökologische, soziale und ökonomische Anforderungen möglichst ausbalanciert. Er sorgt auch für eine klare Definition von Nachhaltigkeit mit einheitlichen Kriterien.

EIN PLAN FÜR ALLES

Der Aktionsplan geht zurück auf eine Initiative der EU-Kommission, die bereits im Jahr 2003 dazu aufrief, nationale Pläne zur Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung zu erstellen. Die österreichische Bundesregierung beschloss im Jahr 2010 die Ausarbeitung eines solchen Plans und 2021 schließlich die Umsetzung einer revidierten Fassung: „Im neuen naBe-Aktionsplan haben wir die Anforderungen für Strom, Mobilität und Fahrzeuge, den Hoch- und Tiefbau sowie Lebensmittel und Gemeinschaftsverpflegung nachgeschärft, damit Energiewende, Mobilitätswende und Kreislaufwirtschaft Realität werden können“, erklärt Karin Hiller.

Die Umsetzung des naBe-Aktionsplans wird vor allem von zwei Gremien vorangetrieben. Einerseits gibt es eine Steuerungsgruppe, in der für Beschaffung zuständige Sektionsleiterinnen und Sektionsleiter der einzelnen Ressorts sowie das Management der Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) und der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) vertreten sind. Das Gremium



Speiseplan. Ein großes Feld in der Beschaffung stellt die Gemeinschaftsverpflegung durch Großküchen und Kantinen dar. Die naBe-Kriterien für regionale und biologische Lebensmittel sollen helfen, öffentliche Essensangebote nachhaltiger zu gestalten.

tauscht sich zweimal pro Jahr aus, einigt sich auf Definitionen, unterstützt die Umsetzung und entwickelt den Aktionsplan weiter. Zum anderen gibt es die Gruppe der naBe-Beauftragten. Sie besteht aus Einkaufsverantwortlichen der Ministerien. Die naBe-Beauftragten sollen als Ansprechpersonen fungieren, Erfahrungen aus ihrem Alltag einbringen sowie das Bewusstsein für nachhaltige Beschaffung schärfen und bei der Datenerhebung für das Monitoring der Maßnahmen unterstützen.

Was der naBe-Aktionsplan und seine Umsetzung in der Praxis bedeuten können, zeigt das Beispiel der Strombeschaffung öffentlicher Einrichtungen: Im Aktionsplan ist mittlerweile nur noch jener Strom als nachhaltig eingestuft, der auch der österreichischen Umweltzeichen-Richtlinie 46 entspricht. Das bedeutet zum einen, dass die Energie zur Gänze aus erneuerbaren Quellen kommen muss. Zum anderen sieht das staatliche Gütesiegel bei „grünem“ Strom auch einen bestimmten Mix aus Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse vor und stellt

überdies Mindestanforderungen an den Technikstand der Kraftwerke. Der Umstieg auf zertifizierten Strom spare im Vergleich zum durchschnittlichen heimischen Strommix in der Bundesverwaltung aktuell etwa 146.000 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr ein, erklärt BMK-Koordinatorin Karin Hiller.

EINE PLATTFORM FÜR ALLE

Damit öffentliche Institutionen verschiedener Größe, die über unterschiedliche Ressourcen verfügen, die nachhaltige Beschaffung umsetzen können, wurde auf Initiative des BMK eine Stelle zu ihrer Unterstützung eingerichtet. „Als Servicestelle des naBe-Aktionsplans bieten wir öffentlichen Einrichtungen unbürokratische und rasche Hilfestellungen in zahlreichen Formaten, um die Ziele der nachhaltigen Beschaffung Wirklichkeit werden zu lassen“, sagt Gerhard Weiner, Leiter der naBe-Plattform. Diese liefert nicht nur verständliche und zielgruppenspezifische Anleitungen dafür, wie ein klimafreundlicher Einkauf getätigt

werden kann. Sie vergleicht auch konkrete Angebote und prüft, ob diese als nachhaltig eingestuft werden können: „Wichtig ist, die unterschiedlichen Strukturen und Anforderungen zu verstehen und die richtigen Lösungsangebote zu machen. Die naBe-Plattform möchte hier als Informations- und Wissensdrehscheibe sowie als zentraler Netzwerkknoten einen Beitrag leisten“, so Weiner.

SHOPPEN IM GROSSEN STIL

Angesiedelt ist die Wissensdrehscheibe in der Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG). Dieses Bundesunternehmen ist Beschaffungsdienstleister der Republik Österreich. Im Jahr 2021 erreichten die über die BBG beschafften Waren und Dienstleistungen ein Volumen von 3,2 Milliarden Euro. Nicht zuletzt die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie ließen diese Summe stark anwachsen. Noch im Jahr 2020 lag das Beschaffungsvolumen bei gerade einmal 1,8 Milliarden Euro. Neben Beratung und Information bietet die BBG

auch einen Webshop, in dem Produkte und Dienstleistungen besonders einfach eingekauft werden können: „Die BBG ist bereits seit 2010 der Partner für die nachhaltige öffentliche Beschaffung und den Aktionsplan. So unterstützen wir öffentliche Auftraggeber, die Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen, und setzen seit Jahren die Kriterien des Aktionsplans in den BBG-Rahmenvereinbarungen um“, erklärt Stefan



Quellen. Die nachhaltige Beschaffung sieht unter anderem einen bestimmten Anteil von Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse am Energiemix vor.

Wurm, Bereichsleiter für Marketing und Kommunikation bei der BBG. Ein gemeinsamer Einkauf nach einheitlichen Kriterien ermögliche nicht nur, Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen. Der naBe-Aktionsplan reduziere auch administrativen Aufwand und helfe so, Kosten zu sparen, sagt Wurm.

MEHR MITSTREITENDE

Die Verantwortlichen sehen Österreich mit seinem Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung gut aufgestellt: „Besonders die Verbindlichkeit der naBe-Kriterien für den Bund und die voranschreitenden Bemühungen, diese nicht nur in der Bundesverwaltung mittels eines Governance-Systems zu verankern, stärkt Österreichs Position im internationalen Vergleich“, erläutert Gerhard Weiner.

Die Stadt Wien wiederum betreibe bereits seit den 1990er Jahren das Beschaffungsprogramm ÖkoKauf und habe schon viele Ressourcen in diesen Bereich

investiert und ein hohes Niveau erreicht. Mit Niederösterreich und Tirol haben sich Anfang des Jahres zwei weitere große Akteure per Landtagsbeschluss zur Umsetzung des naBe-Aktionsplans verpflichtet. Und nicht nur die Zahl der Anwender wächst. Auch die Themen und Kriterien einer nachhaltigen Beschaffung werden ausgebaut. Mit einer aktuellen Studie werden etwa nachhaltigere Möglichkeiten im Bausektor ermittelt. Auch bemüht man sich seitens der naBe-Plattform, das allgemeine Bewusstsein für eine nachhaltige Gemeinschaftsverpflichtung zu schärfen.



Nachschlagen. Die naBe-Plattform vermittelt nicht nur attraktive Angebote für die öffentliche Beschaffung. Sie versteht sich auch als Informationsdrehscheibe. Hier können Sie nachlesen, welche Produkte und Dienstleistungen als nachhaltig eingestuft werden.

www.nabe.gv.at

ADVERTORIAL

WIE VERWALTUNG KRISENFEST BLEIBT

Welche Rolle spielt der öffentliche Sektor bei der Bewältigung multipler gesellschaftlicher Krisen? Diese Frage diskutierten Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen der Innovate 2022 am 24. November.



Foto: Nadine Studeny Photography

Panel mit Expertinnen und Experten. Sonja Jöchtl, Stefan Thurner, Margit Schratzenstaller, Christian Kemperle und Ursula Rosenbichler (v. l. n. r.).

Jagt eine Krise die nächste, ist der Verwaltungsapparat gefordert. Wie die öffentliche Verwaltung sich angesichts vielschichtiger Krisen sowie gesellschaftlicher Veränderungen verhalten und verändern soll, war das zentrale Thema der Innovate, der Konferenz zum Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor. Bereits seit 2016 treffen sich hier alljährlich Bedienstete und Führungskräfte der Verwaltung, nationale und internationale Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürger zum intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch. Angesichts aktueller Herausforderungen geht es darum, den Wandel mitzugestalten, statt Veränderungen hinterherzuhinken.

„Die Verwaltung muss sich nach innen den Veränderungen stellen und nach außen allen Krisen robust entgegentreten“, sagte Ursula Rosenbichler, Leiterin der Abteilung für Verwaltungsinnovation im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) und „Host“ der Innovate.

Expertinnen und Experten trafen in Workshops, Panel-Diskussionen und One-on-One-Meetings im Austria Center Vienna sowie mit online zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusammen. Wertvolle Beiträge kamen von WIFO-Ökonomin Margit Schratzenstaller, Stefan Thurner vom Complexity Science Hub Vienna, Sonja Jöchtl, Gründerin von love politics, und Christian Kemperle, Sektionschef der Sektion III im BMKÖS. Analyse und Erkennen allein würden nichts ändern, könnten jedoch einen guten ersten Schritt darstellen, hieß es. Die Silos seien aufzubrechen, die Potenziale zu entfalten. Mit anderen Worten: Wir müssten künftig mit weniger, aber kompetentem und gut platziertem Personal mehr schaffen. Und das werde auch gelingen.

Mehr Infos auf innovate2022.at

Aktuelles aus der Verwaltung: Einstiege, Aufstiege, Umstiege

Im Wiener Landtag und in der Flüchtlingskoordination werden **Compliance und Bildung** gestärkt. Neubesetzungen gibt es am **Gericht der Europäischen Union** sowie an der Spitze des Österreichischen **Bundesheeres**. Außerdem wurde die **Juristin des Jahres** gekürt.

Text: Armin Nadjafkhani



BILDUNG FÜR UKRAINISCHE SCHUTZSUCHENDE

Der Bildungsaktivist und Pädagoge Daniel Landau wurde von der Bundesregierung beauftragt, das Bildungsangebot für ukrainische Schülerinnen und Schüler zu verbessern. In seiner Funktion, die er voraussichtlich noch bis 31. Jänner 2023 innehat, koordiniert er vor allem Kindergarten- und Schulplätze für die Schutzsuchenden. Die momentane Herausforderung sei, den 16- bis 18-Jährigen die Vorbereitung auf die Online-Matura in der Ukraine zu ermöglichen, sagte er im Gespräch mit „Wien heute“. Mit seiner Tätigkeit unterstützt Landau den Ukraine-Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung.



RUDOLF STRIEDINGER IST ÖSTERREICHS HÖCHSTER MILITÄR

Seit dem 20. Oktober 2022 ist General Rudolf Striedinger offiziell der Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres und bekleidet somit den höchsten Offiziersrang im Land. Der bisherige stellvertretende Generalstabschef setzte sich gegen zehn weitere Bewerber durch und folgt Robert Brieger nach, der seit Mai 2022 Vorsitzender des Militärausschusses der Europäischen Union ist. Der 61-Jährige ist bereits seit 20 Jahren in Führungsposi-

tionen des Bundesheeres tätig. Unter anderem ist er Vizepräsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft und fungierte als Leiter der Generalstabsdirektion. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er als Co-Leiter der Corona-Krisenkoordination bekannt.



NEUE RICHTERIN AM GERICHT DER EUROPÄISCHEN UNION

Elisabeth Tichy-Fisslberger wurde als erste Frau aus Österreich zur Richterin am Gericht der Europäischen Union (EuG) bestellt. Nach ihrer Nominierung durch die Bundesregierung absolvierte sie auch das Hearing im EU-Ausschuss erfolgreich. Als Juristin, Diplomatin und ehemalige Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates bringt Tichy-Fisslberger langjährige Erfahrung in internationalen Gremien mit. Die zweite Richterstelle am EuG für Österreich bekleidet Gerhard Hesse, früher Leiter des Verfassungsdienstes, seit 2019. Die Amtsperiode am EuG dauert sechs Jahre.



WIENER LANDTAG HAT EINEN COMPLIANCE OFFICER

Die Wiener Stadtregierung hat die Einführung eines Compliance Officers im Wiener Landtag beschlossen. Durch

die neue Position soll die Einhaltung von Compliance-Richtlinien sichergestellt werden. Vor allem in Bezug auf mögliche Interessenkonflikte seien die Regeln künftig einheitlich zu gestalten und ihre Beachtung zu kontrollieren, heißt es aus dem Rathaus. Der Erste, der sich diesen Aufgaben in der Bundeshauptstadt widmet, ist Landtagsdirektor Günther Smutny. Er wird unter Mitwirkung des Landtagspräsidenten sowie allen Landtagsklubs gemeinsame Verhaltensstandards und Richtlinien für die Wiener Abgeordneten erarbeiten.



NATALIE HARSDORF-BORSCH IST JURISTIN DES JAHRES

Die interimistische Generaldirektorin der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), Natalie Harsdorf-Borsch, erhält als erste Frau im öffentlichen Dienst den Award „Juristin des Jahres 2021“. Die Auszeichnung der Vereinigung Österreichischer Unternehmensjuristen in Kooperation mit Women in Law Österreich wird jährlich verliehen. Als erste Frau an der Behördenspitze hat Harsdorf-Borsch die Jury mit herausragenden Leistungen überzeugt, insbesondere hinsichtlich Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, Ausbau der IT-Forensik sowie weiterer Effizienzsteigerungen. Auch ihre Durchsetzung eines höheren Frauenanteils in Führungspositionen der BWB wird als Grund für die Auszeichnung genannt. Die Bundeswettbewerbsbehörde beschäftigt sich mit Verstößen gegen das Kartellgesetz und Europäisches Wettbewerbsrecht.



Auszug.at

Ihre amtlichen Auszüge. Online, einfach und offiziell.

In nur zwei Schritten zu Ihrem Grundbuch-/Firmenbuchauszug.

Holen Sie sich jetzt Ihren Auszug – gleich direkt und mobil.
Auszug.at ist die Informationsplattform für digitale Abfragen aus
der Firmenbuch- und der Grundbuchdatenbank der Republik Österreich.

Jetzt neu:

Viele zusätzliche Dokumente aus der Urkundensammlung!

Mehr Information auf auszug.at

Offizielle Verrechnungsstelle der Republik Österreich.
Ein Serviceportal der Mediengruppe Wiener Zeitung.





Expertise im Hintergrund

Das **Bundesrechenzentrum** feiert die ersten 25 Jahre seines Bestehens. Der IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung hat schon vieles umgesetzt, doch Projekte und Services wie FinanzOnline, der Digitale Führerschein oder das „digitale Amt“ oesterreich.gv.at sind nur der Beginn des Weges zum automatisierten Amtsverkehr.

Text: Andrea Sturm



Flexibilität. Um Projekte in agile Bahnen zu lenken, setzt man im BRZ auf teambasiertes Arbeiten und die Einbeziehung der Kundinnen und Kunden in den Designprozess.



Qualifikation. Das Bundesrechenzentrum mit Sitz in Wien treibt die Digitalisierung des öffentlichen Sektors in Österreich voran.

Mit der laufenden technischen Veränderung haben sich auch die Aufgaben des Bundesrechenzentrums (BRZ) stark gewandelt, erzählt Roland Ledinger, technischer Geschäftsführer, zuständig für Kundenmanagement, Betrieb und Entwicklung: „Mit der Ausgliederung aus dem Ministerium und dem Wandel zur GmbH hat sich auch der Fokus geändert: Ursprünglich ging es um Rechenzentrumsleistung, mittlerweile sind wir Full Service Provider für die öffentliche Verwaltung des Bundes. In diesem Bereich können wir Lösungen effizient und zielgerichtet umsetzen, weil wir die Anforderungen sehr gut kennen.“

DIGITALE GESCHICHTE

Das Bundesrechenzentrum wurde 1997 gegründet, doch die digitale Geschichte Österreichs beginnt schon Jahrzehnte zuvor. Bereits Anfang der 1970er Jahre wurde das Bundesrechenamt eingerichtet, das vor allem auf die Aufgaben der Bundeshausführung konzentriert war. Mit der fortschreitenden technischen Entwicklung und den Möglichkeiten, die sich auch für Verwaltung und öffentliches Leben daraus ergaben, wurden die Aufgaben komplexer. Die von der Bundesregierung definierten Ziele in Bezug auf die Interaktion mit der Bevölkerung, die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der

IT und eine technische Standardisierung führten schließlich zur Gründung der Bundesrechenzentrum GmbH, die zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich steht.

PRIVATWIRTSCHAFTLICH GEFÜHRT

Eine Basisfinanzierung durch die Regierung erhält die Einrichtung nicht. „Das BRZ ist ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen und verrechnet marktkonforme Preise“, erklärt Christine Sumper-Billinger, die als kaufmännische Geschäftsführerin für die Bereiche Finance & Legal sowie HR zuständig ist. Das Unternehmen ist nicht gewinnorientiert: „Wir agieren auf Basis des Kostendeckungsprinzips. Überschüsse werden einerseits als Gutscheine an die Auftraggeber zurückgegeben, andererseits den Rücklagen des Unternehmens zur Finanzierung digitaler Innovationen für die Verwaltung zugeführt.“

PERSONAL ALS ASSET

Derzeit sind es um die 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im BRZ Kundenprojekte umsetzen und Innovationen ertüfeln, 100 offene Stellen warten auf geeignete Bewerberinnen und Bewerber. „Das Recruiting hat sich auch bei uns sehr stark verändert. Derzeit >



Innovationen. Das Bundesrechenzentrum betreibt seit 2018 eine bereichsübergreifende Innovation Factory, wo Workshops stattfinden und Prototypen von IT-Projekten entwickelt werden.

sind wir es, die sich bei den Kandidatinnen und Kandidaten bewerben“, erzählt Christine Sumper-Billinger.

Bei der Suche nach Personal spielen soziale Medien eine wichtige Rolle. Die Präsenz des BRZ auf Facebook, LinkedIn, YouTube, Twitter und Instagram ist darauf ausgerichtet, Interesse an den vielfältigen Karrierechancen zu wecken. Denn die Zufriedenheit mit den Aufgaben ist neben angemessener Bezahlung und der Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, mittlerweile eine wesentliche Anforderung beim Recruiting. „Wir haben das Glück, dass unsere Projekte als sinnstiftend wahrgenommen werden“, sagt Christine Sumper-Billinger, „bei uns gestaltet man die IT eines Landes und erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern den Umgang mit der Verwaltung, das ist ein Beitrag

„Das Recruiting hat sich auch bei uns sehr stark verändert. Derzeit sind wir es, die sich bei den Kandidatinnen und Kandidaten bewerben.“

Christine Sumper-Billinger
Kaufmännische Geschäftsführerin

zum Gemeinwohl.“ Die Aktivitäten wurden bereits mehrfach mit dem Best Recruiters Award ausgezeichnet, aber auch auf diesem Gebiet gilt es, sich stetig weiterzuentwickeln. „Wir waren heuer erstmals auf einer Gaming-Messe, und seit kurzem ist das BRZ auch auf TikTok vertreten“, verrät die Geschäftsführerin.

Zudem bietet das BRZ auch Aus- und Weiterbildung an, um das Potenzial seiner Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter zu fördern, und achtet darauf, persönliche Stärken zu unterstützen.

An Projekten arbeiten im BRZ eingespielte Teams, von der Ideenfindung und Konzeption über die konkrete Umsetzung und Abwicklung bis hin zum Monitoring des laufenden Betriebs. Die Verteilung der Aufgaben hängt nicht zuletzt von deren Umfang ab, erklärt Roland Ledinger: „Es gibt Projekte, die innerhalb eines Teams abgewickelt werden. Andere werden von fünf bis sechs Teams gleichzeitig bearbeitet.“

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IM DIENST DER BEVÖLKERUNG

„Auch die Verwaltung wird sich in Zukunft stärker mit Automatisierung auseinandersetzen müssen“, ist Roland Ledinger überzeugt. Augmented Reality, Robotics und künstliche Intelligenz



Kommunikation. Virtueller Kontakt mit Kundinnen und Kollegen erhielt in der Corona-Pandemie eine neue Dringlichkeit. Dem Thema Teleworking widmet das BRZ besondere Aufmerksamkeit.



Führungsduo. Roland Ledinger und Christine Sumper-Billinger bilden die Geschäftsführung des BRZ. Beide haben sich in einem mehrstufigen Ausschreibungsverfahren durchgesetzt.

helfen schon jetzt beispielsweise dabei, Fotos oder Akten zu anonymisieren. Gemeinsam mit seinem Auftraggeber, dem Bundesministerium für Justiz, wurde das BRZ kürzlich mit dem eAward 2022 in der Kategorie „Machine Learning und künstliche Intelligenz“ ausgezeichnet. Die automatisierte Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen, vor deren Veröffentlichung die Namen von Beschuldigten geschwärzt werden müssen, Richterinnen und Richter sowie Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertreter aber lesbar bleiben sollen, hatte die Jury überzeugt.

Die Arbeit in vernetzten Teams ermöglicht auch die Entwicklung von Lösungen, die projektübergreifend eingesetzt werden können, etwa eigene Verfahren zur Identitätsbestätigung in einer Videokonferenz.

„Wir arbeiten daran, Verwaltungsaufgaben im Hintergrund zu erledigen, ohne dass sich die Menschen aktiv darum kümmern müssen.“

Roland Ledinger
Technischer Geschäftsführer

EUROPÄISCH DENKEN

Während die technischen Möglichkeiten seit der flächendeckenden Verbreitung des Internets nahezu grenzenlos sind, gibt es vor allem in der öffentlichen Verwaltung auch juristische Hintergründe zu beachten. „Eine eventuelle internationale Datenvernetzung hängt von den rechtlichen Möglichkeiten ab, aber wir sind über EURITAS in ständigem Wissensaustausch mit anderen öffentlichen IT-Dienstleistern in Europa“, erzählt Roland Ledinger. „Ein Schwerpunkt ist derzeit, die Cloudtechnologie so zu etablieren, dass wir inhereuropäisch Lösungen austauschen können.“ Dafür müssen Standards implementiert werden, um etwa Rechenleistung von anderen Zentren zu übernehmen. Der österreichische Digitale Führerschein basiert etwa auf einem ISO-Standard, um den internationalen Datenaustausch über Schnittstellen zu ermöglichen, wenn der gesetzliche Rahmen geklärt ist. „Diese Lösung läuft bereits auf einer cloudfähigen Plattform im BRZ, andere Mitgliedstaaten könnten sie sofort übernehmen“, so Ledinger.

DIE ZUKUNFT IM BLICK

Strategien und Zukunftspläne sind in einem schnelllebigen Bereich wie der Digitalisierung essenziell – und gleich-

zeitig besonders schwierig. Die Ausrichtung des BRZ ist in jedem Fall, die Kommunikation zwischen der öffentlichen Verwaltung und der Bevölkerung zu verbessern, ohne dabei selbst im Vordergrund zu stehen. „Unser Ansatz ist, die Bürgerin und den Bürger mit administrativen Angelegenheiten so wenig wie möglich zu belasten“, betont Roland Ledinger. „Der Mensch steht im Mittelpunkt. Anders als andere Marktteilnehmer wollen wir nicht mehr Frequenz für unsere Services generieren, sondern im Gegenteil: Notwendige Administration soll so ablaufen, dass man es gar nicht merkt.“ So, wie beim Abschluss einer Autoversicherung die Anmeldung des Kfz automatisch erfolgt, lassen sich auch in vielen öffentlichen Bereichen vergleichbare Automatismen denken: etwa bei der Ummeldung des Wohnsitzes nach Abschluss eines Mietvertrags oder bei der Anmeldung am Standesamt nach einer Geburt, ohne dass der Prozess persönlich initiiert werden muss. „Wir arbeiten daran, Verwaltungsaufgaben zunehmend im Hintergrund zu erledigen, ohne dass sich die Menschen aktiv darum kümmern müssen“, fasst Roland Ledinger zusammen.



Moderne Methoden. Das Bundesrechenzentrum beschäftigt sich laufend mit Innovationen auf dem IT-Markt. Als zentrale Stelle für neue Wege der Ideenfindung betreibt das BRZ eine bereichsübergreifende Innovation Factory. „Thinking outside the box“ ist dort ausdrücklich erwünscht.

www.brz.gv.at



Transparenz. Wo über Menschen Recht gesprochen wird, muss zuweilen durch geschlossene Türen geschaut werden dürfen.

Eine Festung des Rechtsstaats

Das größte **Straflandesgericht der Republik** wird in den kommenden Jahren von Grund auf saniert. Umsicht ist geboten, denn seine Mauern erzählen die wechselvolle Justizgeschichte Österreichs. Fast zweihundert Jahre lang wurde hier Recht – und Unrecht – gesprochen.

Text: Clemens Stachel

Wer von Friedrich Forsthuber eine Führung durch das Wiener Landesgericht erhält, der sollte zwei Dinge mitnehmen: viel Zeit und einen Notizblock. Den Gebäudekomplex auf einer Grundfläche von 220 mal 140 Metern und mit seinen fünf – oberirdischen – Geschoßen durchwandert man nicht in einer Viertelstunde.

Und ohne Schreibzeug wird man der Flut an Jahreszahlen, geschichtlichem Hintergrundwissen, persönlichen Erinnerungen und juristischen Querweisen kaum Herr werden, die der Präsident des Landesgerichts aus dem Effeff imstande ist vorzutragen. Schon praktisch, wenn der Chef in Personalunion das wandelnde Hauslexikon gibt.

Grünstreifen. Furchteinflößend wie ein toskanischer Festungsbau sollte das neue Landesgericht auf die Menschen wirken – ein Ausdruck des Metternich'schen Polizeistaats.“ Das alte Wiener Stadtgerichtshaus, die sogenannte Schranne, konnte endlich aufgelassen werden. Der schiere Größenunterschied zwischen dem Eckhaus am Hohen Markt und dem neuen Megablock in der Alservorstadt steht sinnbildlich für die begin-

ZWISCHEN POLIZEISTAAT UND DEMOKRATIE

Geschichte hat das „Graue Haus“ zur Genüge hinter sich gebracht, immer eng verbunden mit dem wechselvollen Schicksal Österreichs und Wiens. „Dieses Gebäude entstand ja vor der Ringstraßenzeit“, erinnert Forsthuber. „Zur Zeit der Eröffnung im Jahr 1839 stand noch die Stadtmauer, und zwischen dieser und dem neuen Gebäude erstreckte sich das Glacis, ein 450 Meter breiter

„Ohne die komplette Sanierung der Technik würde uns der Betrieb bald zusammenbrechen.“

Friedrich Forsthuber
Präsident des Landesgerichts Wien



Architektonische Zeitreise. Die letzte Erweiterung erhielt der Komplex in den 1990er Jahren – so auch 30 neue Verhandlungssäle.

nende Wandlung Wiens zur modernen Metropole im 19. Jahrhundert.

Neben dem Landesgericht für Strafsachen Wien beherbergt der Gebäudekomplex auch die Staatsanwaltschaft Wien und die Justizanstalt Wien-Josefstadt. „Die Justizanstalt mit ihren rund 1.100 Inhaftierten ist aber baulich und organisatorisch vom Landesgericht getrennt und nur über einige Übergänge verbunden“, hält Forsthuber fest. Das Gefangenenhaus wurde zwischen 1980 und 1996 komplett abgerissen und neu errichtet. Damals hat auch das Landesgericht einen weiteren Trakt mit 30 neuen Verhandlungssälen erhalten. Ansonsten hat sich das Graue Haus seit seiner Eröffnung nicht wesentlich verändert – mit zwei Ausnahmen: In den 1870er Jahren wurde der Große Schwurgerichtssaal als eigenständiger Bau in einen Innenhof



Besprechungsraum. Fotografien von Präsidentin Ulrike Psenner (2004–09) und Präsident Günter Woratsch (1990–2004) zieren die Wände.



Geist der Ära Metternich. Einschüchternd wie eine italienische Renaissancefestung sollte das Landesgericht zur Zeit seiner Errichtung auf die Untertanen wirken.

eingefügt. Und zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhielt das Landesgerichtsgebäude ein Stockwerk aufgesetzt. Nun, 183 Jahre nach der Eröffnung, steht neuerlich eine umfassende Sanierung an.

EIN JAHRZEHT DER ERNEUERUNG

„Das gesamte Haus ist mittlerweile stark abgenützt“, erklärt Präsident Forsthuber, während er im ersten Stock den hohen, kahlen Gang entlanggeht, in dem sich ein Richterbüro ans nächste reiht. „Das liegt auch daran, dass sich die Zahl der hier arbeitenden Menschen über die letzten Jahrzehnte immer weiter erhöht hat. Etwa 85 Richterinnen und Richter mit rund 135 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind hier beschäftigt. Außerdem arbeiten heute doppelt so viele Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Haus wie noch vor 20 Jahren, nämlich mehr als 100, und auch sie haben alle ihre Mitarbeiterstäbe. Der Bedarf an Räumlichkeiten, an Bildschirmarbeitsplätzen, an Strom und an Internetbandbreite ist immer weiter gestiegen. Es geht also nicht nur um eine Instandhaltung der Bausubstanz und um neue Wandfarbe. Ohne eine komplette Sanierung der Technik würde uns der ganze Betrieb

bald zusammenbrechen.“ Die Justizanstalt eingerechnet, werden über einen angepeilten Zeitraum von zehn Jahren 100.000 Quadratmeter Raumfläche in dem der Bundesimmobiliengesellschaft gehörenden Gebäude saniert. „Wenn 2028 das Gerichtsgebäude saniert sein wird, gehe ich gerade in Pension“, schmunzelt Forsthuber.

MODERNE ZEITEN

Stichwort Digitalisierung: Die Rundum-erneuerung der Strom- und Internetleitungen ist eine Voraussetzung für „Justiz 3.0“ im Landesgericht. Friedrich Forsthuber steht in einem der vier neuen Schwurgerichtssäle und erklärt: „Justiz 3.0 bedeutet: In allen Büros und an allen Positionen jedes Verhandlungsraums sind Bildschirme oder Laptopanschlüsse installiert – und man hat Zugriff auf den digitalen Akt. Zum Beispiel kann dann eine Richterin ganz einfach Bilder oder Texte für die Zeuginnen und Zeugen auf Screens ausspielen.“

Ein weiterer ganz spezieller Ausdruck unserer Zeit: Der 150 Jahre alte Große Schwurgerichtssaal – noch immer größter Verhandlungssaal der Republik – hat in den letzten Jahren



18. Jahrhundert

Die Schranne. Das alte Wiener Stadtgericht (mit Freitreppe, rechts im Bild) befand sich seit dem 14. Jahrhundert am Hohen Markt und wurde mehrmals umgebaut.



1839

Graues Haus. Nach acht Jahren Bauzeit wurde das neue Landesgericht am 13. Mai 1839 eröffnet. Die Fassade ging damals tatsächlich mehr ins Graue als heute.



1907

Aufstockung. In den Jahren 1905 bis 1907 wurde dem gesamten Gebäude ein weiteres Stockwerk aufgesetzt.



1833

In Bau. Ein Blick von der Stadtmauer zum neuen Landesgerichtsgebäude am Rande der Alservorstadt.



1876

Schwurgericht. Der 1873 bis 1876 in den Komplex eingefügte Große Schwurgerichtssaal ist bis heute der größte Verhandlungssaal Österreichs.



Umgang mit Recht und Unrecht. Friedrich Forsthuber, seit 2010 Präsident des Straflandesgerichts Wien, ist auch anerkannter Experte für die wechselvolle Geschichte seines Hauses.

seine ersten zwei Zuschauerreihen verloren. „Sie mussten vor dem Buwog-Verfahren zusätzlichen Angeklagtensitzen Platz machen“, erklärt Forsthuber – flüsternd, denn jedes laute Wort kommt in der mit Marmor aus allen Teilen der Donaumonarchie ausgekleideten Halle als rundum dröhnendes Echo retour. „Wie wir sehen können, ist die ‚verlängerte Anklagebank‘ weiter vonnöten, zurzeit findet hier schon das nächste große Wirtschaftsverfahren mit vielen Angeklagten statt.“

Das Wiener Straflandesgericht bewältigt rund ein Drittel der etwa 20.000 Strafverfahren, die jährlich im Land verhandelt werden. 80 Prozent dieser Verhandlungen finden vor einem Einzelrichter statt, erklärt Forsthuber. Vom Rest landet der Großteil vor einem Schöffensenat. „Und nur ein Prozent, also etwa 200 Verfahren jährlich, kommen vor ein Geschworenengericht“, so Forsthuber. „In der Hälfte dieser Verfahren geht es um Mord oder Mordversuch, in der anderen Hälfte um nationalsozialistische Wiederbetätigung.“

TYRANNEI UND AUFARBEITUNG

Im Erdgeschoß, unweit vom Haupteingang, führt Präsident Forsthuber

schließlich in einen kleinen, verwinkelten Raum: „Ursprünglich war das hier ein Lagerraum. 1938 aber wurde er von den nationalsozialistischen Machthabern in einen Hinrichtungsraum umgewandelt. Hier stand das Fallbeil, mit dem die im Haus zum Tode Verurteilten exekutiert wurden.“ Rund 1.200 Menschen verloren zwischen 1938 und 1945 hier ihr Leben. Etwa die Hälfte davon waren Widerstandskämpferinnen und -kämpfer. „In einem Nebenraum waren die leeren Särge gestapelt, in denen die Leichname umgehend abtransportiert wurden“, setzt Forsthuber fort. „Es gab Tage in den Jahren 1942 und 1943, an denen bis zu 35 Menschen im Drei-Minuten-Takt hingerichtet wurden. „Man



Widerstand. Der Hinrichtungsraum aus der NS-Zeit dient heute als Gedenkstätte. Auch sie wird in den kommenden Jahren neu gestaltet.

„1942 und 1943 gab es Tage, an denen bis zu 35 Menschen im Drei-Minuten-Takt hingerichtet wurden.“

Friedrich Forsthuber

Präsident des Landesgerichts Wien

kann sie direkt sterben hören‘, hat ein Gefangener gesagt.“

Nicht nur als Präsident des Landesgerichts, sondern auch als Obmann des Vereins „Justizgeschichte und Rechtsstaat“ gestaltet Friedrich Forsthuber die Gedenkstätte des ehemaligen Hinrichtungsraums zurzeit neu – zusammen mit Expertinnen und Experten des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sowie weiteren Historikerinnen und Historikern. Eine kleine Ausstellung soll hier das NS-Unrechtsregime in Österreich darstellen und den mutigen Kampf dagegen angemessen in Erinnerung halten.

Der Bevölkerung ein tiefergehendes Verständnis des Rechtsstaats und seiner Geschichte zu vermitteln, ist Forsthuber ein offenkundiges Anliegen. Und so nimmt er sich jeden ersten Dienstag im Monat Zeit, Besucherinnen und Besuchern eine exklusive Tour durchs Haus und durch zweihundert Jahre österreichische Justizgeschichte zu geben. Anmelden kann man sich dafür auf der Website des Hauses der Geschichte Österreich. Notizblock nicht vergessen.



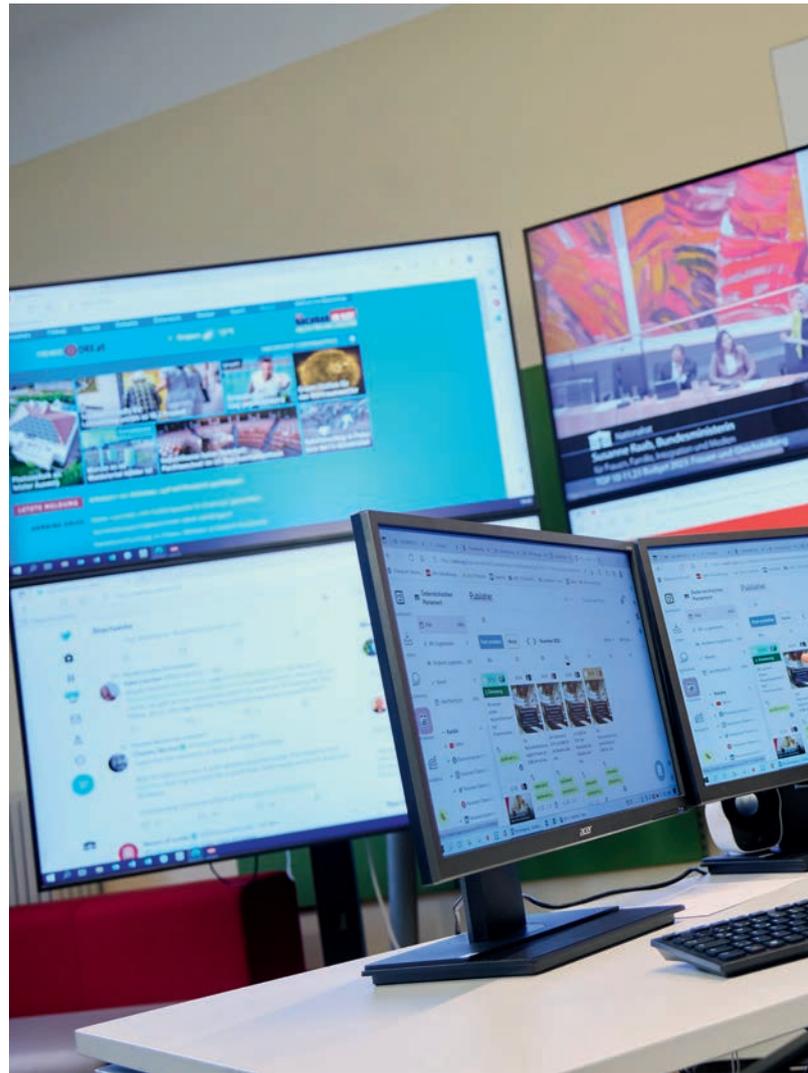
Persönliche Tour. Jeden ersten Dienstag im Monat führt Friedrich Forsthuber interessierte Besucherinnen und Besucher durch das Landesgerichtsgebäude und gibt dabei einen Überblick über die österreichische Justizgeschichte. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist erforderlich.

hdgoe.at

Berichterstattung an der Quelle

Die Parlamentsdirektion sorgt dafür, dass die Arbeit der Abgeordneten reibungslos abläuft und das Parlament als Organ der Gesetzgebung funktioniert. Nun erhält sie einen „Newsroom“, der die Bevölkerung möglichst rasch und objektiv mit Informationen versorgen soll.

Text: Armin Nadjafkhani



Was macht der Budgetdienst? Was passiert aktuell im Parlament? Und was bedeutet parlamentarische Immunität? Diese und viele weitere Fragen soll der neue Newsroom des Parlaments ab Jänner 2023 beantworten. Auf diese Weise möchte die Parlamentsdirektion die Öffentlichkeit

schnell, transparent, zielgruppengerecht und crossmedial informieren. Die Parlamentswebsite mit aktuellen News, Parlamentskorrespondenz und Mediathek sowie die sozialen Medien Facebook, Twitter, Instagram und LinkedIn werden hierfür als Kanäle genutzt.

Politische Äquidistanz hat dabei höchste Priorität. Die Inhalte sollen unabhängig von politischen oder ökonomischen Interessen veröffentlicht werden. „Unser Anspruch ist ausgewogene und umfassende Berichterstattung für einen möglichst breiten Blickwinkel, ohne aber zu kommentieren“, erklärt Sandra Nigischer, ehemalige „Standard“-Journalistin und Leiterin des Newsrooms.

Nicht nur aktuelle Geschehnisse stehen im Fokus, auch zur politischen Bildung soll der Newsroom einen Beitrag leisten. „Wir sehen zum Beispiel in sozialen Medien, dass manche nicht genau wissen, was das Parlament macht

oder wo der Unterschied zwischen Parlament und Regierung liegt. Hier gibt es Wissenslücken“, analysiert Nigischer. Verständlichkeit sei bei der Berichterstattung von großer Bedeutung, damit auch komplexe politische Abläufe verstanden werden.

„Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf transparente und verständliche Kommunikation durch den öffentlichen Dienst. Genau die wollen wir leisten.“

Sandra Nigischer
Leiterin des Newsrooms
in der Parlamentsdirektion



Wandel. Sandra Nigischer (l.) und ihr Team bauen den Newsroom im Parlament auf und berichten objektiv und in Echtzeit.



Interaktiv. Informationen aus dem Hohen Haus sollen möglichst rasch, zielgruppen-gerecht und crossmedial vermittelt werden.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hohen Haus, die präzise und verständlich vermittelt werden soll. „Wir sitzen an der Quelle“, sagt Nigischer. „In der Parlamentsdirektion gibt es so viel Fachwissen – da wäre es schade, wenn wir nicht selbst aktiv kommunizieren.“

Noch befindet sich der provisorische Newsroom in einem Ausweichquartier am Stubenring. An dem neuen Standort im Palais Epstein neben dem historischen Parlamentsgebäude soll ein modernes Büro mit einem Newsdesk nach dem Vorbild journalistischer Medienunternehmen den Betrieb aufnehmen. „Dort werden wir in einem kleinen Team zusammensitzen, können uns schneller abstimmen und rascher Entscheidungen treffen.“ Derzeit übersiedelt die neue Abteilung sukzessive in die sanierten Räumlichkeiten.

FREIRAUM FÜR DIE LUST AM LERNEN

In der Offenen Mittelschule Dietmayrgasse brechen Lehrende gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern die Grenzen des klassischen Unterrichts auf. Das Modell der OPENSchool stellt die Selbständigkeit in den Fokus.

Strenge Lehrpläne und starre Hierarchien – das gehört nicht zum Alltag an der Offenen Mittelschule Dietmayrgasse im 10. Wiener Gemeindebezirk. Im Gegenteil, der Unterricht wird hier offen gestaltet: Die Lehrenden arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam daran, dass Lerninhalte modern und nachhaltig vermittelt werden. Das Projekt OPENSchool, das 2018 von den beiden Lehrern Roland Reichart-Mückstein und Markus Haider initiiert wurde, stützt sich auf drei innovative Formate: „Lernbüro“ am Morgen, Workshops zu Mittag und „Open Lab“ am Nachmittag. In allen Bereichen steht die Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund. „Sie lernen dadurch sich selbst mehr zu erleben und sich ihren Interessen gemäß zu entwickeln“, erklärt Markus Haider die Vorteile des Modells für die 12- bis 15-Jährigen.

Im Lernbüro erarbeiten die Schülerinnen und Schüler Lerninhalte aus den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch, wobei die Grenzen der Unterrichtsfächer verschwimmen. Der Stoff wird fächerübergreifend behandelt, die Lehrenden arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern im Team. Es ist ein Selbstlernsystem, in dem das Lehrpersonal als Begleitung und Fachcoach auftritt und die Jugendlichen in deren eigenständigen Lernprozessen unterstützt. Haider betont die themenorientierten Arbeitsweisen der OPENSchool. Diese spiegeln sich auch außerhalb des Lernbüros wider, denn die anschließenden Workshops verfolgen ebenfalls einen transcurricularen Ansatz – so lassen sich Inhalte offener vermitteln als in einem klassischen Stundenplan. Ähnlich wird im Open Lab gearbeitet, hier können die Schülerinnen und Schüler eigene Projekte entwickeln und mit Fokus auf ihre persönlichen Interessen lernen.

Der reguläre Stundenplan mit fixen Unterrichtseinheiten von je 50 Minuten wird am Beginn des Schuljahres durch die Schulleitung aufgehoben. Das macht die Arbeitsweisen der OPENSchool überhaupt erst möglich. Die gesetzliche Grundlage dafür liefern die Bestimmungen des „Schulautonomiepakets“: Innerhalb dieses rechtlichen Rahmens können beteiligte Schulen die Selbstverwirklichung der Schülerinnen und Schüler in besonderer Art fördern. In den offenen Strukturen der OPENSchool sind auch tägliche Sport- und Bewegungseinheiten vorgesehen. Das trägt laut Markus Haider insbesondere zur Regeneration bei, denn dadurch seien die Jugendlichen fitter und der soziale Zusammenhalt innerhalb der Gruppe werde stärker.

Umgesetzt wird die OPENSchool derzeit an fünf Schulen in ganz Österreich. Und es sollen noch mehr werden: Über einen TransferHub, der als Anlaufstelle für Fragen dient, werden Schulen begleitet, die das Konzept der OPENSchool ebenfalls umsetzen möchten.

Auf openschoolworld.wordpress.com finden Sie mehr Infos zur OPENSchool.

Text: Sarah Marie Piskur

Rechtsprechung. Am Europäischen Gerichtshof (EuGH) werden Fälle unter anderem im prunkvollen Großen Gerichtssaal verhandelt

Wächter des EU-Rechts

Der **Europäische Gerichtshof** ist das oberste Rechtsprechungsorgan der EU. Er sorgt dafür, dass Unionsrecht in allen Mitgliedstaaten eingehalten wird.

Text: Teseo La Marca

Vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) hört man meistens dann, wenn die Rechtspraxis eines EU-Mitgliedstaates mutmaßlich gegen geltendes Unionsrecht verstößt. Nicht selten stehen dann auch polarisierende Themen zur Verhandlung, von Polens Justizreformen bis hin zum Kopftuchverbot am Arbeitsplatz in Belgien.

Als oberstes Rechtsprechungsorgan der EU achtet der EuGH darauf, dass das Unionsrecht in allen Mitgliedstaaten und in den EU-Institutionen in der gleichen Weise angewendet und eingehalten wird. Außerdem geben die Richterinnen und Richter des EuGH eine für die nationalen Gerichte verbindliche Auslegung der EU-Gesetze und -Verträge vor. Das ist das wohl wichtigste Prinzip ihrer Arbeit: Unionsrecht hat gegenüber nationalem Recht immer Vorrang – und zwar auch vor der Rechtsprechung nationaler Verfassungsgerichte.



Foto: Michaël Zumstein/Agence Vulpictures.com





Geschichte. Die Entstehungsgeschichte des EuGH ist eng mit der Geschichte der EU verknüpft. Im Bild unterzeichnet Robert Schumann 1951 den Pariser Vertrag.

FUNKTION UND AUFBAU DES EUGH

Die Tatsache, dass der EuGH von Zeit zu Zeit ein Machtwort sprechen muss, ergibt sich daraus, dass sowohl die Stellung des EU-Rechts als auch die Zuständigkeiten des EuGH von Anfang an keineswegs in Stein gemeißelt waren, sondern seit seiner Gründung im Jahr 1952 ständig neu verhandelt wurden. Zunächst sollte sich die EU-Einrichtung mit Sitz in Luxemburg lediglich mit Vertragsstreitigkeiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) befassen. Doch mit der Vertiefung der europäischen Integration wurde auch die Rolle des EU-Rechts und des EuGH neu bestimmt.

Spätestens mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 kam dem EuGH die heutige Rolle als gemeinsames Organ der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft zu. Dabei nimmt der Gerichtshof verschiedene Funktionen wahr:

- § Als Verfassungsgericht überprüft er die Rechtmäßigkeit der Gesetzgebung auf EU-Ebene und entscheidet bei Streitigkeiten zwischen den EU-Organen.
- § Als Verwaltungsgericht kontrolliert er, ob das Verwaltungsgebaren von EU-Kommission und nationalen Be-

Jeder EU-Mitgliedstaat stellt am EuGH eine Richterin beziehungsweise einen Richter. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre, eine Wiederernennung ist möglich.

hörden mit dem Unionsrecht vereinbar ist.

- § Als Arbeits- und Sozialgericht kümmert er sich um Fragen der Freizügigkeit, der sozialen Sicherheit und der Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben.
- § Als Strafgericht prüft er die Bußgeldentscheidungen der EU-Kommission.
- § Als Zivilgericht urteilt er unter anderem in Schadenersatzprozessen.

Jeder EU-Mitgliedstaat stellt am EuGH eine Richterin beziehungsweise einen Richter. Für Österreich bekleidet aktuell Andreas J. Kumin das Amt (siehe Interview auf Seite 50). Die Amtszeit einer Richterin oder eines Richters be-

trägt sechs Jahre, nach ihrem Ende ist eine Wiederernennung möglich. Ernannt werden die Richterinnen und Richter von den einzelnen Mitgliedstaaten, wobei jeder Staat sein eigenes Verfahren hat. Während die meisten Regierungen ihre Richterin oder ihren Richter unter Ausschluss der Öffentlichkeit ernennen, erfolgt dies in Österreich mit Beteiligung des Nationalrats. Außerdem unterstützen elf Generalanwältinnen und Generalanwälte am EuGH die Arbeit der Richterinnen und Richter.

WER DARF KLAGEN?

Neben Mitgliedstaaten, Organen der EU und juristischen Personen kann sich auch jede einzelne Bürgerin und jeder Bürger an den Europäischen Gerichtshof wenden.

Dies gilt vor allem im Rahmen der sogenannten Vorabentscheidungen: In einem Zivilverfahren kann die klagende Partei fordern, dass das nationale Gericht hinsichtlich der Auslegung von EU-Recht im konkreten Fall den EuGH befragt. Falls es sich um eine Entscheidung letzter Instanz handelt, ist das nationale Gericht sogar verpflichtet, sich an den EuGH zu wenden. In jedem Fall ist das Urteil des EuGH zur Auslegung von Unionsrecht für nationale Gerichte verbindlich.

Hochpolitisch wird es bei Vertragsverletzungsverfahren gegen ein Unionsmitglied. Hier hat die Europäische Kommission als „Hüterin der EU-Verträge“ die Möglichkeit, einzelne

Neben Mitgliedstaaten, Organen der EU und juristischen Personen kann sich auch jede einzelne Bürgerin und jeder Bürger an den Europäischen Gerichtshof wenden.

Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen. Dies geschieht beispielsweise, wenn ein Mitgliedstaat eine EU-Richtlinie nicht in nationales Recht umsetzt. Die einzelnen Staaten haben auch das Recht, gegen ein anderes EU-Mitglied Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH einzuleiten, dies geschieht aber nur selten.

Ein solcher Ausnahmefall war der Streit um die Pkw-Maut für ausländische Lenkerinnen und Lenker, welche die deutsche Bundesregierung einführen wollte. Österreich brachte den Fall vor den EuGH, der die geplante Regelung im Sommer 2019 in einem



Luxemburg. Neben Straßburg und Brüssel gilt Luxemburg als „dritte Hauptstadt“ der EU. Seit 1952 ist der EuGH hier vertreten – wie andere wichtige Institutionen auf dem Kirchberg der Stadt.

aufsehenerregenden Urteil kippte: Die Pkw-Maut für Ausländerinnen und Ausländer sei EU-rechtswidrig, weil sie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aus anderen EU-Staaten diskriminiere und die Waren- und Dienstleistungsfreiheit, eine der vier Grundfreiheiten der EU, einschränke.

Wenn ein Mitgliedstaat sich auch nach einem Urteil des EuGH nicht an geltende Verträge hält, kann der EuGH dies mit hohen Geldstrafen – meist in zweistelliger Millionenhöhe – sanktionieren. Im Jahr 2021 dauerten die Verfahren am EuGH durchschnittlich 16,6 Monate.

ACHTUNG VOR VERWECHSLUNGEN

Das Recht der EU, wofür der EuGH zuständig ist, ist nicht dasselbe wie das Europarecht (oder europäisches Recht). Dieses ist das überstaatliche Recht und umfasst auch das Recht der anderen europäischen Organisationen, wie des Europarats. Vom Europäischen Gerichtshof ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu unterscheiden. Während der EuGH eine Institution der EU ist, wurde der EGMR von den Mitgliedstaaten des Europarats eingerichtet.



Zusammensetzung. Der Gerichtshof besteht aus insgesamt 27 Richterinnen und Richtern sowie elf Generalanwältinnen und Generalanwälten.



Karriere beim Europäischen

Gerichtshof. Am EuGH werden vor allem Juristinnen und Juristen, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Informatikerinnen und Informatiker sowie Rechts- und Sprachsachverständige für die Übersetzung von juristischen Texten gesucht. Das Personal wird zum größten Teil mittels Reservelisten allgemeiner Auswahlverfahren eingestellt, die vom Europäischen Amt für Personalauswahl (EPSO) durchgeführt werden.

Weitere Informationen unter:





Im Gespräch

Im Amt. Im März 2019 wurde Andreas J. Kumin zum Richter am Europäischen Gerichtshof ernannt.

Andreas J. Kumin

Der erfahrene Jurist und Universitätsprofessor beschreibt die Tätigkeit am EuGH als „spannend und vielseitig“. Spaziergänge und seine E-Gitarre dienen ihm als Ausgleich.

Die Fragen stellte Teseo La Marca.

EU-Recht hat immer Vorrang. Ist die Ernennung zum EU-Richter also die Krönung für die Karriere eines Juristen?

Unionsrecht hat als gemeinsames Recht aller 27 Mitgliedstaaten dann Vorrang, wenn es in einer bestimmten Frage einen Konflikt zwischen dem nationalen Recht und dem Unionsrecht gibt. Die Tätigkeit als Richter am Gerichtshof der Europäischen Union ist ohne jeden Zweifel eine der spannendsten und vielseitigsten für jemanden wie mich, der sich auf das Unionsrecht spezialisiert hat.

Wie sieht ein typischer Arbeitstag bei Ihnen aus?

Fixpunkte sind die mündlichen Verhandlungen oder Beratungen vor jedem Urteil. Die Vorbereitungen dafür erfordern das Studium der Akten, Schlussanträge der Generalanwältinnen und -anwälte, Urteilsentwürfe und Stellungnahmen anderer Richterinnen und Richter, wertvoll ergänzt durch Besprechungen mit den Referentinnen und Referenten sowie Assistentinnen meines Kabinetts.

Jeder Tag kann auch kurzfristig Überraschungen bergen, wie dringende Verfahrensentscheidungen.

Was mögen Sie an Ihrem Job ganz besonders?

Mich faszinieren die Intensität und Tiefe der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Rechtsproblemen und die Breite und Vielfalt der Rechtsgebiete. Es ist eine wirklich spannende Herausforderung, sich aus dem Reichtum der Argumente für die stichhaltigsten zu entscheiden und diese Lösung dann in einem Urteilsentwurf umzusetzen.

„Mich faszinieren die Intensität und Tiefe der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Rechtsproblemen und die Breite und Vielfalt der Rechtsgebiete.“

Wie verbringen Sie in Luxemburg am liebsten Ihre Freizeit?

Unter der Woche gibt es wenig Zeit für Entspannung. An den Wochenenden drehe ich eine Runde zu Fuß in den wunderschönen nahe gelegenen Wäldern des Bambësch und des Naturschutzgebietes am Kirchberg. Ich versuche außerdem noch immer, meine E-Gitarre zur Hand zu nehmen und ihr je nach Stimmung und Inspiration Pop-Balladen oder Rock und Blues zu entlocken.

Haben Sie einen Tipp für aufstrebende Juristinnen und Juristen?

Ich würde ihnen raten, bereits während des Studiums und zu Beginn der Berufsausbildung herauszufinden, welche Themen und Tätigkeiten sie am meisten interessieren und ihnen Genugtuung bereiten. Aber sie sollten sich auch nicht den spannenden und bereichernden Erfahrungen verschließen, die man unerwartet in anderen Bereichen machen kann. Man lernt immer etwas dazu, das später hilfreich sein kann.

Wollen Sie die digitale Vergabe der Zukunft mitgestalten?

VergabepraktikerInnen für BenutzerInnen-Interviews gesucht

Mit [lieferanzeiger.at](#) sind wir der Pionier in Sachen digitaler Vergabe in Österreich. Wir möchten aber öffentliche AuftraggeberInnen noch besser unterstützen, Ihre Ausschreibungen online durchzuführen. Vergeben Sie öffentliche Aufträge über eTendering-Plattformen? Wollen Sie uns helfen, Ihre Arbeit leichter zu machen und damit auch die digitale Vergabe der Zukunft zu verbessern?

Dann schicken Sie uns einfach ein E-Mail an benutzerinterview@auftrag.at und wir kontaktieren Sie für ein kurzes BenutzerInnen-Interview, um Ihre Bedürfnisse bei der digitalen Vergabe besser zu verstehen.

Jetzt
mitmachen

Einfach ein E-Mail schreiben an:
benutzerinterview@auftrag.at



Info.Sicher – Kostenloses Bildungs- angebot für digitale Medienkompetenz

Digitale Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts, die den sicheren Umgang mit digitalen Informationen und Inhalten voraussetzt. Angesichts aktueller Phänomene wie Fake News, Filterblasen, Verschwörungstheorien oder Phishing-Mails ist die Förderung einer fundierten Medienkompetenz von wesentlicher Bedeutung.

Info.Sicher ist ein von Expert*innen der Mediengruppe Wiener Zeitung zusammengestelltes Kursangebot, das sich an **Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung, Lehrlinge sowie Senior*innen** richtet.

Vorteile und Nutzen für Interessierte:

- ✓ Basiswissen im sicheren und kritischen Umgang mit Informationen und digitalen Inhalten
 - Erkennen von Fake News, Filterblasen und Verschwörungstheorien
 - Sicherheit im Internet – Antivirenschutz, Passwörter, Umgang mit Phishing-Mails, Datenschutz
 - eGovernment – Verwaltungsdienste digital nutzen

✓ Standortbestimmung und Orientierung der individuellen digitalen Medienkompetenz

✓ DigComp-2.2-AT-konform

✓ **Abschluss mit dem „Info.Sicher-Zertifikat“**

Das Kursangebot gilt **bis Dezember 2022** sowie **ausschließlich für Gruppenanmeldungen** von 10 bis maximal 25 Personen. Die Kurse setzen sich aus 4 kurzweiligen Modulen à 3 Stunden zusammen.

JETZT ANMELDEN:

→ telefonisch unter **0732 / 78 80 78 808**
(Mo–Fr 9:00–13:00 Uhr) oder

→ online unter **www.medienwissen.at/infosicher**

medienwissen.at